

Von der Dependenz zur Interdependenz

Anstöße und Grenzen der Dependenztheorie

*Die Studie der Sachverständigengruppe
„Weltwirtschaft und Sozialethik“. –
Das afrikanisch-deutsche Symposium
in Yaoundé (März 1993)*

*Vorgelegt von Franz Furger und
Joachim Wiemeyer*

*Herausgegeben von der
Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe
für weltkirchliche Aufgaben
der Deutschen Bischofskonferenz*

Von der Dependenz zur Interdependenz

Anstöße und Grenzen der Dependenztheorie

*Die Studie der Sachverständigengruppe
„Weltwirtschaft und Sozialethik“. –
Das afrikanisch-deutsche Symposium
in Yaoundé (März 1993)*

*Vorgelegt von Franz Furger und
Joachim Wiemeyer*

*Herausgegeben von der
Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe
für weltkirchliche Aufgaben
der Deutschen Bischofskonferenz*

Von der Dependenz zur Interdependenz. Anstöße und Grenzen der Dependenztheorie (Die Studie der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“. – Das afrikanisch-deutsche Symposium in Yaoundé, März 1993). Vorgelegt von Franz Furger und Joachim Wiemeyer . Herausgegeben von der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz.

Bonn, Januar 1994

ISBN 3-928214-44-6 (Deutsche Kommission Justitia et Pax)

Zu beziehen bei der Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 53113 Bonn, Tel. 0228/103-288, Fax. 0228/103-335

Inhalt

Kurzinformationen zu dem Herausgeber und den Autoren der Studie	4
Vorwort	5
I. Die Dependenztheorie als Ansatz zur Erklärung von Armut und Unterentwicklung	7
1. Einleitung	7
2. Entstehung und Inhalt der Dependenztheorie	9
3. Gegenstrategien aus der Sicht der Dependenztheorie	14
4. Vorzüge der Dependenztheorie	14
5. Schwierigkeiten der Dependenztheorie	15
a) Zum Begriff „Abhängigkeit“	16
b) Anfragen aus der historischen Entwicklung	17
6. Bessere weltwirtschaftliche Bedingungen für Entwicklungsländer ..	19
7. Notwendige innere Reformen	21
8. Versuch einer Anwendung auf afrikanische Volkswirtschaften ..	23
II. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Afrikas im internationalen Kontext. Statements zu der Studie „Die Dependenztheorie als Ansatz zur Erklärung von Armut und Unterentwicklung“ aus afrikanischer Sicht ..	27
1. Statement von M. Pascal Kuate	27
2. Statement von M. Robert Nantchouang	33
a) Das Agrarproblem	34
b) Die Inanspruchnahme von internationalen Organisationen ...	35
c) Das Problem der Erstellung von Statistiken	36
III. Ergebnisse der konkretisierenden Aussprache	36
1. Aussprache über das Grundlagenpapier	37
2. Terms of trade	38
3. Agrarpolitik	39
4. Verschuldung	40
5. Transnationale Unternehmen und Konzerne	41
6. Bevölkerungsentwicklung	42
7. Schlußbemerkung	43
IV. Abschlußerklärung des Symposions	44
V. Teilnehmer des Symposions	47

Kurzinformationen zu dem Herausgeber und den Autoren der Studie

Der Herausgeber

Die **Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben** wird von der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz berufen. In der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe sind Professoren verschiedener Fachrichtungen versammelt. Die Aufgabe der Arbeitsgruppe besteht in der wissenschaftlichen Behandlung von Fragen aus dem Bereich der weltkirchlichen Verantwortung der Kirche in Deutschland.

Die Autoren der Studie

Die **Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“** ist eine Fachgruppe der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz. Sie wurde 1989 berufen, um Institutionen der katholischen Kirche in Fragen der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu beraten. Von der Zielsetzung wie von der personellen Zusammensetzung her ist eine Verbindung von ökonomischem und sozial-ethischem Sachverstand angestrebt.

Vorwort

Als sich Mitte der 60er Jahre nach der Erringung der formellen politischen Unabhängigkeit fast aller Kolonien und umfangreicher technischer wie finanzieller Hilfe kein schneller Aufholprozeß der „Dritten Welt“ abzeichnete, sondern die Armut noch stieg und das Nord-Süd-Gefälle weiter zunahm, wurden die vorherrschenden Entwicklungstheorien in Frage gestellt. Manche glaubten in den „Dependenztheorien“ einen Schlüssel zur Erklärung gefunden zu haben: Die im Kolonialzeitalter wurzelnde, weit hin alle gesellschaftlichen Belange bestimmende wirtschaftliche Abhängigkeit der „Peripherie“ von den „Zentren“ in den führenden Industrieländern schien in einer monokausal-dialektisch verstandenen Erklärung die für die „Dritte Welt“ belastenden weltwirtschaftlichen Strukturen auf den Punkt zu bringen. Durch die später ausgebrochene Schuldenkrise schienen die Dependenztheorien noch an Plausibilität zu gewinnen. Nicht zuletzt wegen der in Begrifflichkeit und Argumentationsfiguren dabei verwendeten marxistischen Elemente haben diese Theorien gerade auch innerkirchlich erhebliche Irritationen ausgelöst, die selbst dann noch fort dauerten, als spätestens Mitte der 70er Jahre gerade auch lateinamerikanische Autoren die ursprünglich in Europa entwickelten Ansätze wesentlich differenzierter kritisch weiterführten.

Eine häufig längst nicht mehr den Stand der gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnis spiegelnde Polarisierung belastete auch den innerkirchlichen Dialog bis hinein in die Kontakte unter Bischöfen aus Europa und der „Dritten Welt“, so auch die Bischofstreffen mit afrikanischen und deutschen Teilnehmern, die in den vergangenen Jahren stattgefunden haben. Daher wurde die bei der Kommission „Weltkirche“ der Deutschen Bischofskonferenz angesiedelte Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ beauftragt, für ein neuerliches afrikanisch-deutsches Treffen ein Grundlagenpapier zu entwerfen, das einen Dialog über gegenseitige Verantwortlichkeiten in konstruktiv-kritischem Gespräch ermöglichen könnte.

Ende März 1993 fand dieses Gespräch in der neugegründeten Katholischen Universität für Zentralafrika in Yaoundé (Kamerun) statt, wobei das Grundlagenpapier der deutschen Experten – ergänzt durch zwei sozialwissenschaftliche Statements von afrikanischen Fachleuten – als Ausgangspunkt diente. Da beide Seiten die gesellschaftliche Situation, die sie ja höchst unterschiedlich betrifft, als angemessen wiedergegeben empfanden, war die Voraussetzung für einen fruchtbaren, weiterführenden Austausch ohne irritierende „Altlasten“ gegeben. Öffentliches Zeugnis davon

gibt eine gemeinsam herausgegebene Erklärung, in welcher die jeweiligen Verantwortlichkeiten in den je eigenen Gesellschaften deutlich aufgezeigt und die Anerkennung einer konstruktiven Interdependenz als verpflichtende Herausforderung benannt werden konnte, statt einseitig Dependenz anzuklagen.

Im vollen Bewußtsein, daß damit nur ein erster Schritt getan ist, daß Appellen weltverantwortlicher Gewissensbildung konkrete Maßnahmen folgen müssen, deren Inangriffnahme und Durchführung gerade auch von kirchlicher Seite kritisch verfolgt werden muß, schien es den für weltkirchliche Belange verantwortlichen Stellen der Deutschen Bischofskonferenz wichtig, das Grundlagendokument wie die wichtigsten Ergebnisse dieser Begegnung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, zum einen um unnötig belastende Polarisierungen, die sich mit dem Stichwort „Dependenztheorie“ verbinden, abzubauen, dann aber auch und vor allem um gegenseitige Verantwortlichkeiten weiter voranzubringen. Insofern das „Instrumentum laboris“ zur afrikanischen Bischofssynode im Frühjahr 1994 die hier thematisierte Problematik „Dependenz – Interdependenz“ ebenfalls anspricht (Nr. 121), mag die in deutsch, englisch und französisch erscheinende Schrift vielleicht von einigem Nutzen sein.

Für die mit dieser Veröffentlichung beauftragte Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“

Münster, September 1993

*Franz Furger, Vorsitzender
Joachim Wiemeyer, Sekretär*

I. Die Dependenztheorie als Ansatz zur Erklärung von Armut und Unterentwicklung

1. Einleitung

Nach den Kriterien der Weltbank lebt über eine Milliarde Menschen in Armut. Weil sich die Kirche der „Option für die Armen“ verpflichtet weiß, ist es Aufgabe christlicher Sozialethik, in Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften die Ursachen der Armut zu erforschen und Lösungen zu entwickeln, um die Armut zu bekämpfen.

In den letzten Jahrzehnten haben eine Reihe von Sozialwissenschaftlern sowohl der „Dritten Welt“ als auch der „Ersten Welt“ Armut und Unterentwicklung auf ökonomische, politische und kulturelle Abhängigkeiten von den Industrieländern zurückgeführt. Diese „Dependenztheorien“ stellen keinen einheitlichen, in sich geschlossenen Erklärungsansatz dar. Gleichwohl haben sie bei Regierungen von Entwicklungsländern, bei den Kirchen, bei politischen Oppositionsbewegungen der „Dritten Welt“ und bei Solidaritätsbewegungen in der „Ersten Welt“ breite Resonanz gefunden. In sehr vereinfachten Versionen wird gar die Unterentwicklung in der „Dritten Welt“ als unmittelbare und eindeutige Folge der Entwicklung in der „Ersten Welt“ beschrieben. Diese Erklärungsversuche wurden verständlicherweise von den sozialistischen Regierungen der „Zweiten Welt“ unterstützt.

Häufig wird über diese Theorien von extremen Standpunkten aus diskutiert. Entweder wird Armut in der „Dritten Welt“ allein auf die „Rückständigkeit“ der Entwicklungsländer oder ausschließlich auf deren „Abhängigkeit“ von den Industrienationen zurückgeführt: „Weil diese reich sind, sind jene arm.“ Dabei schwingt in den gegensätzlichen Auffassungen immer schon eine moralische Schuldzuweisung mit. Die Vertreter der Rückständigkeitsthese schieben die Verantwortung für die gegenwärtige Situation der „Dritten Welt“, die Vertreter der Abhängigkeitsthese der „Ersten Welt“ zu. Man könnte aber auch vermuten, daß beide Ursachen wirksam sind. So könnten manche externe Einflüsse erst dadurch bedeutsam werden, daß sie auf bestimmte interne Faktoren treffen, genauso wie die Veränderung mancher interner Faktoren erst dann Wirkung zeigt, wenn sich auch externe Rahmenbedingungen wandeln.

Unabhängig von der Frage der Ursachen und der Verantwortung besteht für die Menschen der westlichen Industrienationen und die von ihnen gewählten Regierungen ein Interesse daran, daß die Probleme der Menschen in der „Dritten Welt“ bewältigt werden. Denn ein wirtschaftlicher Auf-

schwung dort würde letztlich für alle ein Vorteil sein. Wenn aber die wirtschaftliche und soziale Entwicklung weiterhin unzureichend bleibt, drohen Wanderungsbewegungen in erheblichem Umfang, ökologische Zerstörungen in weltweitem Ausmaß, bewaffnete Konflikte, Zunahme der Drogenproduktion und des Drogenhandels. Diese Tendenzen zeigen, daß in der heutigen Welt die wechselseitigen Abhängigkeiten immer mehr zunehmen, so daß es im Interesse aller liegt, die Anstrengungen zur Bewältigung der vielfältigen Probleme zu verstärken. Die westlichen Industrieländer haben dabei als die wirtschaftlich leistungsfähigeren Länder eine besondere Verantwortung und eine Verpflichtung zur solidarischen Hilfe. Eine Diskussion der Abhängigkeitstheorien ist notwendig, um die Ursachen der Probleme zu finden, Verantwortung zu nennen und um deutlich zu machen, wie schwierig es ist, moralische Schuldzuweisungen zu treffen. Die Kenntnis der Ursachen dient der Entwicklung bestmöglicher Strategien zur Lösung der Armutsprobleme. Denn nur wenn die Faktoren beseitigt werden, die immer wieder Armut hervorbringen, kann den Betroffenen langfristig geholfen werden.

Im folgenden soll anhand der Auseinandersetzung mit den Abhängigkeitstheorien versucht werden, ein differenziertes Bild der internen und externen Ursachen von Armut und Unterentwicklung zu gewinnen. Dabei ist zu beachten, daß „Abhängigkeit“ hier nicht eine aufbauende positive Wechselbeziehung von Menschen und Völkern meint, sondern eine einseitige Nachteilposition. Diese bezeichnet immer ein historisch gewachsenes, ungleichgewichtiges Verhältnis von Staaten, Nationen oder Regionen sowie ihrer Ökonomien und politischen und kulturellen Systeme. Dieses Verhältnis bezieht sich erstens auf alle relevanten Bereiche menschlichen Zusammenlebens (Wirtschaft, Politik, Kultur), es beruht zweitens nicht nur auf dem Zusammenwirken gegenwärtiger Faktoren, sondern hat als lang andauernde Beziehungsstruktur auch historische Wurzeln. Drittens ist dieses Verhältnis durch schiefe Macht- und Einflußverteilung gekennzeichnet, die viertens dem einen Land mehr Chancen zur Durchsetzung der eigenen Interessen einräumen als dem anderen. Als „abhängig“ werden hier also nicht einfach soziale oder wirtschaftliche Beziehungen bezeichnet, insofern sie überhaupt zu wechselseitigen Einflußmöglichkeiten (Interdependenzen) führen, sondern nur solche Beziehungen, die asymmetrisch sind. Schon gar nicht ist damit die totale Angewiesenheit des Menschen auf Gott gemeint, die den Menschen im christlichen Verständnis überhaupt erst zum Menschen macht.

2. Entstehung und Inhalt der Dependenztheorie

Die verschiedenen dependenztheoretischen Ansätze sind in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in Lateinamerika entstanden. Ausgangspunkt war die Erfahrung, daß es nach 1950 entgegen den Erwartungen vieler nicht gelungen ist, an das wirtschaftliche Niveau der USA und Westeuropas aufzuschließen. Vielmehr fiel Lateinamerika immer weiter zurück. Dabei wurde mit der „Allianz für den Fortschritt“ zu Beginn der sechziger Jahre nochmals ein beschleunigtes Aufholen in Aussicht gestellt. Die damals weithin praktizierte Entwicklungspolitik und ihr Scheitern schienen dependenztheoretische Thesen zunächst zu bestätigen. So räumen heute selbst Kritiker dependenztheoretischer Denkmuster ein, daß diese einen wertvollen Beitrag dazu geleistet haben, die vollkommen unhistorisch argumentierende und externe Faktoren vollständig außer acht lassende „Theorie nachholender Entwicklung“ zu überwinden.

Die lateinamerikanischen Ansätze bauen in unterschiedlichen Varianten auf dem Zentrum-Peripherie-Modell von Johan Galtung auf. Dieses bezieht sich nicht nur auf das Verhältnis von „Dritter Welt“ (Peripherie) und „Erster Welt“ (Zentrum), sondern thematisiert auch dessen interne Verlängerung in die Entwicklungsländer hinein, etwa im Hinblick auf das Verhältnis von Land (Peripherie) und wachsenden Großstädten (Zentren). In Deutschland wurde diese Sicht weitgehend von Dieter Senghaas bekannt gemacht, der dazu festhielt: „Die Unterentwicklung der Dritten Welt kennzeichnet nicht [...] ein Durchgangsstadium auf dem Weg zu autozentrierter Entwicklung, den lang andauernden Übergangsperioden von traditional-feudalen zu bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften in der Geschichte der Industrialisierung oder Modernisierung europäischer Gesellschaften vergleichbar. Unterentwicklung ist vielmehr ein sich historisch entfaltendes integrales Moment des von kapitalistischen Metropolen dominierten internationalen Wirtschaftssystems und damit der internationalen Gesellschaft. Die Entwicklung dieser Metropolen, der Zentren, und die Geschichte der Unterentwicklung der Dritten Welt sind miteinander über das internationale System vermittelte, komplementäre Vorgänge.“¹

Der später zur Differenzierung dieses Ansatzes hinzugekommene Begriff der „strukturellen Heterogenität“ diente dazu, die in den „Dritte-Welt“-Ländern nebeneinander existierenden traditionellen und modernen Sektoren mit deren Abhängigkeit vom Weltmarkt in Verbindung zu bringen. Die

¹ Dieter Senghaas, Vorwort, in: ders. (Hrsg.): *Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*, Frankfurt a.M. 1974, S. 18.

nationalen Eliten wurden als „Brückenköpfe“ zur Vertretung der Interessen der Industrieländer in den Entwicklungsländern verstanden. Ein Prozeß „immanenter Kritik“ der dependenztheoretischen Ansätze trug ferner dazu bei, die zunächst massiven begrifflichen Unschärfen und das Fehlen einer empirischen Basis wenigstens zum Teil zu korrigieren. Dies führte schließlich – selbst bei Senghaas – zu deren Ablösung durch differenziertere und realitätsbezogenere Theorieansätze. Diese sind weniger anspruchsvoll; sie wollen jedenfalls nicht mehr die Situation der gesamten „Dritten Welt“ erklären. Dabei wird nicht geleugnet, daß es tatsächlich Abhängigkeiten im Verhältnis der Entwicklungsländer zu den Industrieländern gibt. Diskutiert wird aber allein die Bedeutung, die den Abhängigkeitsfaktoren im Verhältnis zu anderen Ursachenkomplexen von Armut und Unterentwicklung zukommt.

Die dependenztheoretischen Ansätze wurden im einzelnen mit den im folgenden sinngemäß und thesenartig wiedergegebenen Abhängigkeitsfaktoren begründet:

a) In der Kolonialzeit ist die Wirtschaft der Entwicklungsländer auf den Export von agrarischen und mineralischen Rohstoffen ausgerichtet worden. Die einzelnen Länder konzentrieren sich häufig auf die Gewinnung und Erzeugung weniger Rohstoffe. Diese dominieren dann auch den Export. Importiert werden dagegen vorwiegend industrielle Fertigerzeugnisse. Auf diesen Austausch ist die gesamte Infrastruktur (Häfen, Straßen, Eisenbahn, Telefon usw.) in Entwicklungsländern ausgerichtet worden. Sowohl die einmal geschaffene Produktionsstruktur wie die dazu komplementäre Infrastruktur bestimmen eine Struktur des wirtschaftlichen Austausches, die einseitig den Interessen der Industrieländer dient.

Noch deutlicher läßt sich nach Auffassung der Dependenztheoretiker dieser einseitige Vorteil an dem Verfall der realen Austauschbeziehungen (terms of trade) zwischen den importierten Industriegütern und den exportierten Rohstoffen ablesen. Die Preise von mineralischen Rohstoffen sinken in Folge stagnierender bzw. schrumpfender Nachfrage. Während die Rohstoffpreise an Warenbörsen – auch unter dem Einfluß der Spekulation – ermittelt werden, so daß die Preise für Anbieter aus Entwicklungsländern als vorgegebenes Datum hingenommen werden müssen, können Anbieter aus Industrieländern bei ihrem Industriegüter- und Dienstleistungsangebot die Preise in Abhängigkeit vom Konkurrenzgrad selbst fixieren.

Gelegentlich wird dabei von einem „ungleichen Tausch“ gesprochen: Das Produkt vieler Arbeitsstunden in Entwicklungsländern werde gegen das Produkt nur weniger Arbeitsstunden der Industrieländer getauscht. So

komme es zu einem einseitigen Wohlstandstransfer von den Entwicklungsländern in die Industrieländer.

b) Obwohl sich die Austauschverhältnisse für Entwicklungsländer als nachteilig herausgestellt haben, erfolgte nach der Erringung der staatlichen Souveränität keine Umstrukturierung der Wirtschaft. So hat die einheimische Elite – oft in der Nachfolge der früheren Kolonialherren – einzelwirtschaftliche Interessen an der gegebenen Struktur des Güteraustausches (z. B. als Großgrundbesitzer oder Bergbaueigentümer). Auch die neuen Inhaber der Verfügungsrechte halten nach einer Nationalisierung ausländischen Eigentums an der gegebenen Struktur fest. Ihnen ermöglicht der Export die Erzielung der für ihren Luxuskonsum notwendigen Devisen, wodurch diese Gruppen dafür belohnt werden, daß sie zu Lasten der eigenen Bevölkerung (wie der gesamtwirtschaftlichen Interessen) neben den eigenen auch die Interessen der Industrieländer durchzusetzen helfen.

c) Diese extern bedingte soziale, ökonomische und politische Machtstruktur hat eine extrem ungleiche Einkommensverteilung zur Folge. Damit wird eine ausgewogene Entwicklung des Binnenmarktes der Entwicklungsländer verhindert. Technologisch relativ modernen Sektoren der Exportwirtschaft und Produktionszweigen für den Luxuskonsum der Reichen stehen wenig entwickelte Wirtschaftszweige der Agrarwirtschaft, des Handwerks und der Kleinindustrie gegenüber, die primär der Versorgung der Bevölkerungsmehrheit dienen. Hingegen fehlen eine moderne Massenproduktion von Konsumgütern für den Binnenmarkt ebenso wie die entsprechenden komplementären Investitionsbereiche. Die Wirtschaftsstruktur ist durch gravierende Produktivitätsdivergenzen gekennzeichnet. Daraus folgen erhebliche Gewinn- und Lohnunterschiede.

d) Die Entwicklungsländer sind weiterhin stark von konjunkturellen bzw. strukturellen Veränderungen und Krisen in den Industrieländern betroffen. So kann z. B. ein relativ geringer Nachfragerückgang für Rohstoffe in den Industrieländern zu einem drastischen Preisverfall auf dem Weltmarkt führen, was für ein Entwicklungsland gravierende negative gesamtwirtschaftliche Folgen hat, wenn ein volkswirtschaftlicher Schlüsselsektor betroffen ist. Bei den meisten mineralischen und agrarischen Rohstoffen ist die Preiselastizität der Nachfrage der Industrieländer relativ gering. Bei sinkenden Preisen infolge rückläufiger Importnachfrage gibt es kaum kompensierende Mengeneffekte zur Stabilisierung der Exporterlöse. So treten in Entwicklungsländern Konjunktur- und Strukturkrisen auf, deren Ausmaß diejenigen der Industrieländer deutlich übersteigt. Zudem versu-

chen Industrieländer die Folgen ihrer internen Krisen, z. B. durch subventionierte Exporte von Agrarüberschüssen, auf Entwicklungsländer abzuwälzen. Ähnliches gilt auch im monetären Bereich, wo die Haushaltspolitik eines oder mehrerer wichtiger Industrieländer (z. B. Haushaltsdefizit der USA in den achtziger Jahren) Auswirkungen auf den weltweiten Finanzmarkt (Zinsniveau) hat, mit Rückwirkungen auf eine Vielzahl anderer Länder.

e) Auch eine durch Direktinvestitionen eingeleitete Industrialisierung beendet meist die Abhängigkeit vom Rohstoffexport nicht, sondern bestärkt und ergänzt nur Abhängigkeitsstrukturen. Zwar mögen Direktinvestitionen Human- und Sachkapital in die „Dritte Welt“ bringen. Meistens werden aber lediglich die wenig qualifizierten Arbeitsplätze mit einheimischen Arbeitskräften besetzt, während Ausländer die Mehrzahl der gutbezahlten Leitungspositionen innehaben. Deshalb wird der Beschäftigungseffekt von Direktinvestitionen für die einheimische Wirtschaft sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht als gering eingeschätzt. Zudem übersteigt – durch offene wie verdeckte Gewinntransfers (überhöhte Preise für konzerninterne Vorlieferungen, hohe Lizenzgebühren, Vermarktung über Konzerngesellschaften) – der Abfluß von Kapital den primären Zufluß relativ schnell, so daß in der Gesamtrechnung ein „Kapitalabfluß“ entsteht.

f) Auch eine ohne Direktinvestitionen durchgeführte Industrialisierung bietet keine Chance, dem Abhängigkeitsproblem auszuweichen. Wegen des gravierenden technologischen Rückstandes ist nämlich ein Import von Know-how durch Lizenzen, Managementberatung oder in Form von Investitionsgütern aus den Industrieländern erforderlich. Dies bedingt zum einen erhebliche Zahlungen an die Industrieländer (auch für permanente Vorlieferungen); zum anderen werden kapitalintensive Produktionsverfahren importiert, die den Knappheitsverhältnissen zwischen Arbeit und Kapital in modernen Industrieländern, nicht aber den ganz anderen der Entwicklungsländer entsprechen.

g) Schlechte Austauschrelationen für Rohstoffe, Gewinntransfers multinationaler Unternehmen wie die notwendigen Aufwendungen für Importe einer Industrialisierungsstrategie erfordern in der Regel eine Kreditaufnahme im Ausland. Falls die Kredithöhe eine bestimmte Relation (z. B. der Exporterlöse) überschreitet und die jederzeitige Fähigkeit zur Zins- und Tilgungszahlung nicht mehr gewährleistet ist, geraten Entwicklungsländer in die Abhängigkeit privater Banken wie internationaler Organisationen (IWF, Weltbank). Da Banken Risiken einseitig auf die Kreditnehmer (va-

riable Zinsen) verlagern, kann eine solche Abhängigkeit von den Entwicklungsländern selbst kaum vermieden werden.

Weiterhin kann die finanzielle Abhängigkeit auch dadurch bedingt sein, daß die herrschenden Eliten die maximale Verschuldungsfähigkeit ihres Landes im Ausland ausschöpfen, um die Devisen für Luxuskonsum, Prestigeobjekte und zur Kapitalflucht zu nutzen.

h) Durch Tourismus, Verkehrsströme und Massenkommunikationsmittel (Fernsehen, Film, Rundfunk, Werbung) werden Konsummuster der Industrieländer in Entwicklungsländer übertragen. Dies führt dann zu einer irrationalen Bevorzugung ausländischer Produkte gegenüber einheimischen Erzeugnissen durch die Konsumenten, selbst wenn das Preis-/ Leistungsverhältnis gegenüber den einheimischen Produkten ungünstiger ist.

i) Obwohl zwischen einzelnen Industrieländern, Industrieunternehmen und Banken Interessensdivergenzen bestehen und Wettbewerb herrscht, wird ihr Verhältnis gegenüber der „Dritten Welt“ doch von einer kooperativen Vorteilsnahme geprägt. So stimmen sich die dominierenden Industrienationen in den Institutionen von Weltbank und IWF ab, um mit dem Gewicht der nach Kapitalbeiträgen berechneten Stimmenmehrheit ihre Interessen durchzusetzen. Die Regelungen des Welthandels im Rahmen des GATT sind zudem einseitig auf den Handel zwischen Industrienationen bezogen, während die die Entwicklungsländer besonders interessierenden Fragen des Agrar- und Textilhandels eine Sonderrolle einnehmen und bezeichnenderweise zu Lasten der Entwicklungsländer von den generellen Regeln ausgenommen sind. Gewisse Präferenzen für Entwicklungsländer können solche Nachteile nicht ausgleichen.

Private Banken stimmen sich zudem in ihrer Schuldenstrategie gegenüber Entwicklungsländern untereinander ab. Im industriellen Bereich wird die Ausübung privater Wirtschaftsmacht gegenüber Entwicklungsländern durch die Rechtsordnung der Industrieländer gefördert. So sind Exportkartelle vom allgemeinen Kartellverbot ausgenommen. Durch die EG-Wettbewerbsgesetzgebung diskriminieren solche Kartelle vor allem außer-europäische Länder, vorwiegend aber Entwicklungsländer. So arbeiten Produzenten aus Industrieländern in der „Dritten Welt“ wettbewerbsbeschränkend zusammen, was sie zu Hause nicht dürfen. Auch dies ist Ursache einer Diskriminierung der Entwicklungsländer.

3. Gegenstrategien aus der Sicht der Dependenztheorie

Gegen die als übermächtig unterstellte Dominanz der Industrieländer werden verschiedene Strategien vorgeschlagen:

Nach einer ersten Strategie ist ein radikaler Bruch mit den Weltmarktstrukturen notwendig. Multinationale Unternehmen sollen verstaatlicht, der Großgrundbesitz soll enteignet werden, um eine eigenständige (meist irgendwie sozialistische) Entwicklung einzuleiten, die primär binnenorientiert ist. Die Außenwirtschaftsbeziehungen mit dem kapitalistischen Weltmarkt sollen aufgegeben, zumindest aber reduziert werden.

Da jeder völkerrechtlich souveräne Staat auch bei einseitig die Industrienationen begünstigenden Weltwirtschaftsstrukturen über marginale Handlungsspielräume verfügt, wird als zweite Strategie vorgeschlagen, diese gezielt zu nutzen und durch die Kooperation mit anderen Entwicklungsländern bevorzugt auszubauen. Daraus leitet sich die Idee einer Intensivierung von Süd-Süd-Wirtschaftsbeziehungen und einer partiellen, selektiven und zeitlich befristeten Abkoppelung vom Weltmarkt ab. Bis 1989 geschah dies teilweise in der Absicht, den Gegensatz zwischen Ost und West auszunutzen. Bestehende Handlungsspielräume ermöglichen den Verzicht auf einen radikalen oder revolutionären Systembruch, so daß eine reformorientierte Politik für angemessen erachtet wird, die „fortschrittlichen Parteien“ und Gewerkschaften zugetraut wird.

Eine von manchen Vertretern der Dependenztheorie angestrebte Zusammenarbeit mit dem Ostblock, die allerdings auch die Gefahr neuer Abhängigkeiten mit sich bringen würde (bzw. in Einzelfällen brachte – Kuba), ist nun nach den grundlegenden Reformprozessen in Mittel- und Osteuropa nicht mehr möglich. Auch die Anhänger dieser Bindung sehen sich nun herausgefordert, sich gründlicher als bisher mit der Frage zu befassen, wie Armut und Unterentwicklung wirkungsvoll und in einer menschenwürdigen Weise überwunden werden können. Für die Antwort auf diese Frage ist es unerlässlich, sich mit der dependenztheoretischen Sicht genauer zu beschäftigen.

4. Vorzüge der Dependenztheorie

Die Vorzüge dependenztheoretischer Ansätze liegen darin, daß hier eine umfassende Sicht der Entwicklungsproblematik vorgelegt wird, die politische, ökonomische und soziale Aspekte in historischer Perspektive zu integrieren versucht. Durch die Betonung der kumulativen Verkettung endogener wie exogener entwicklungshemmender Faktoren wird die einseitige Sicht der Modernisierungstheorie, die Weltmarktbedingungen vernachläss-

sigt hat, wie diejenige der Imperialismustheorie, die nur den Weltmarkt, aber nicht die internen Strukturen näher analysiert, überwunden. Dies gilt zumindest für differenziertere Formen der Dependenztheorie², die keine Globaltheorie für alle „Dritte-Welt“-Länder in den drei Kontinenten Asien, Lateinamerika und Afrika proklamieren, sondern für kontextbezogene Analysen spezifischer Abhängigkeitsstrukturen plädieren.

Diese dependenztheoretischen Ansätze weisen eine Weite des Problemhorizonts auf, die der umfassend-integralen Entwicklungsproblematik eher gerecht wird, als die lange in der Entwicklungsökonomie vorherrschenden neoklassischen oder keynesianischen Konzeptionen. Damit greift die Dependenztheorie Problemstellungen auf, die Ausgangspunkt der Entstehung der klassischen politischen Ökonomie eines Adam Smith oder John St. Mill waren. Die daran anknüpfende Neue Politische Ökonomie und die Neue Institutionenökonomik analysieren die historische Genese und Entwicklung von wohlstandsbestimmenden Institutionen und Regeln im politischen und wirtschaftlichen Raum. Die moderne Ökonomie kehrt zu den umfassenden Problemstellungen ihrer Gründerväter zurück. Regeln und Institutionen haben eine zentrale Funktion in der Regulierung wechselseitiger Abhängigkeiten und in der Vermeidung einseitiger Abhängigkeiten, die mit der Gefahr der „Ausbeutung“ verbunden sind. Da in der Neuen Institutionenökonomik Untersuchungen über Ursachen von Abhängigkeiten, asymmetrischen Beziehungen usw. eine wesentliche Rolle spielen, stimmt der Untersuchungsgegenstand, nicht aber die Methode mit dependenztheoretischen Überlegungen überein.

5. Schwierigkeiten der Dependenztheorie

Für jedes wissenschaftliche Forschungsprogramm lassen sich bestimmte empirische Phänomene finden, die mit dieser Theorie nicht kompatibel erscheinen. Eine Theorie ist aber dennoch erst dann aufzugeben, wenn es erstens eine Vielzahl von Phänomenen gibt, die mit dieser Konzeption nicht mehr vereinbar sind, sowie zweitens diese auch durch Weiterentwicklungen und marginale Korrekturen nicht mehr integrierbar sind und drittens eine plausible alternative Konzeption vorliegt. Überprüft man die verschiedenen Ausprägungen der Dependenztheorie unter dieser methodologischen Voraussetzung, so läßt sich folgendes festhalten:

² Fernando H. Cardoso / Enzo Faletto, Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika, Frankfurt a.M. 1976.

a) Zum Begriff „Abhängigkeit“

In einer arbeitsteiligen Wirtschaft ist jeder von anderen „abhängig“, weil das, was man selbst produziert, von anderen begehrt sein muß und weil man selbst auf die Leistungen anderer angewiesen ist. Im internationalen Kontext haben solche gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten nicht nur eine wohlfahrtssteigernde, sondern auch eine friedensfördernde Wirkung, wie sich am Beispiel der EG ablesen läßt. Die reine Selbstversorgungswirtschaft wird aufgegeben, um die extremen Knappheiten einer wenig arbeitsteiligen Wirtschaft zu überwinden und damit mehr Freiheitsspielräume zu schaffen. Dieser prinzipiell freiheitserweiternde Übergang hin zu einer arbeitsteiligen Wirtschaft führt zu Abhängigkeiten von anonymen Märkten (bzw. zu asymmetrischen Abhängigkeiten von Planbehörden in der Zentralverwaltungswirtschaft). Abhängigkeit im Sinne der Dependenztheorie meint aber nicht diese Aufeinanderangewiesenheit auf Märkten, sondern ein einseitiges, durch erhebliche Machtungleichheiten gekennzeichnetes Verhältnis. In langfristigen wirtschaftlichen Beziehungen prinzipiell wechselseitiger Abhängigkeit kann einmal die eine Seite, mal die andere Seite einen relativen Vorteil haben, der zum Mißbrauch und zum Ausnutzen der Gegenseite einlädt. So waren die westlichen Industrieländer 1973 vom arabischen Öl abhängiger als heute, was damals von der OPEC ausgenutzt wurde. Die Schwierigkeit der Erfassung von „Abhängigkeit“ besteht darin, Kriterien zu finden, wie zwischen einseitiger und gegenseitiger Abhängigkeit sowohl für Märkte wie dann auch auf der höheren Ebene für Staaten unterschieden werden kann. So würde etwa der Versuch, die Höhe der Auslandsverschuldung als Maßstab für „Abhängigkeit“ heranzuziehen, dazu führen, daß die USA wegen der weltweit höchsten Auslandsverschuldung als ein abhängiges Land gelten müßten. Abhängigkeiten zwischen verschiedenen Ländern aufgrund wirtschaftlicher oder politischer Macht zu definieren und daraus unmittelbar auf „Unterentwicklung“ zu schließen, ist ebenfalls problematisch: So besteht etwa sowohl zwischen den USA und Kanada wie zwischen den USA und Mexiko ein Machtgefälle, das aber nicht die Unterschiede im Entwicklungsstand zwischen Mexiko und Kanada erklären kann. Die Nachbarländer der Bundesrepublik Deutschland wie Dänemark, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Schweiz, Österreich sind in gewisser Weise von der deutschen Wirtschaft „abhängig“, trotzdem ist dort das Entwicklungsniveau gleich hoch, zum Teil noch höher.

Jeder Versuch, „Abhängigkeit“ zu charakterisieren, stößt rasch auf solche Bedenken. Hier wird daher folgende Umschreibung vorgeschlagen: Der politische und wirtschaftliche Handlungsspielraum eines Landes ist dann sehr gering, wenn erstens weltwirtschaftliche Entwicklungen (Wechsel-

urse, Zinsen, Rohstoffpreise) als gegeben hingenommen werden müssen und zweitens auch die Regeln und Institutionen der Weltwirtschaft nicht aktiv beeinflusst werden können, weil eine Gegenmacht (z. B. gegen den Protektionismus der Industrieländer) fehlt, drittens eine Veränderung interner Strukturen nur gegen die z.T. massiv wahrgenommenen politischen, geostrategischen oder wirtschaftlichen Interessen anderer Länder (Großmächte, große Nachbarn etc.) möglich ist und schließlich viertens eine kulturelle Abhängigkeit entsteht, weil Konsummuster, Informationsmedien und das Bildungswesen (Bildungssystem, Schulbücher) nach westlichen Vorbildern orientiert sind.

b) Anfragen aus der historischen Entwicklung

Solche Elemente von „Abhängigkeit“ können trotzdem die Entwicklung der Weltwirtschaft der letzten 500 Jahre allein nicht erklären, wie dies der „Weltsystemansatz“ (I. Wallerstein, S. Amin) versucht hat. Diesen Konzepten stellen sich nämlich folgende Fragen:

- Warum haben sich in der Neuzeit innerhalb der westlichen Staaten die Führungsmächte Portugal, Spanien, Niederlande, Frankreich, England, USA der Reihe nach abgelöst, ohne daß es einer temporär dominierenden Macht gelungen wäre, ihre Führungsposition trotz relativer wirtschaftlicher Überlegenheit dauernd zu sichern? Beeindruckend ist in der Nachkriegszeit besonders der Niedergang des Anteils der USA am weltweiten Sozialprodukt und am Welthandel sowie der Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland und vor allem Japans. Offensichtlich ist der Weltmarkt ein offenes System. Er bietet grundsätzlich Chancen für alle. Alle können von einem offenen Welthandelssystem profitieren. Die Vorteile des einen müssen nicht auf Kosten anderer gehen. Hängt es nicht davon ab, wie weit ein Land intern institutionell verkrustet ist, so daß es nicht mehr auf externe Herausforderungen ausreichend reagieren kann?
- Wie kann die generelle Dependenztheorie den Niedergang des Sozialismus in Osteuropa erklären, der doch einen vom kapitalistischen Weltmarkt und von den durch die westlichen Länder dominierten Weltwirtschaftsinstitutionen unabhängigen Weg beschritten hatte? Hat nicht vielleicht gerade die Abkoppelung vom Weltmarkt den Niedergang des Sozialismus mitbewirkt? Warum gehören in allen Erdteilen gerade jene Länder, die sich einem sozialistischen Entwicklungsweg verschrieben haben, zu den ärmsten der jeweiligen Region?

- Warum hat sich der ökonomische Stellenwert lateinamerikanischer Länder, die bis 1914 auf der Höhe des Pro-Kopf-Einkommens vieler westeuropäischer Länder lagen, drastisch verschlechtert? Warum haben sich in den letzten 35 Jahren asiatische Länder, die einen ähnlichen Entwicklungsstand erreicht hatten (Indien, Südkorea), weit auseinander entwickelt?
- Warum waren gerade Länder wie Südkorea und Taiwan (zwar mit gewissen sozialen und ökologischen Kosten) wirtschaftlich erfolgreich, die nach der Standardversion der Dependenztheorie fast alles falsch gemacht haben, indem sie eine weltmarktorientierte Entwicklungsstrategie mit hoher Kreditaufnahme im Ausland betrieben haben?
- Läßt sich für alle relevanten Produkte sowie für alle Zeiträume ein Verfall der terms of trade feststellen? Dürfen Industrieländer keinen technischen Fortschritt (Glasfaser statt Kupferkabel) und ein verstärktes Müllrecycling einführen, weil dann die Rohstoffnachfrage und die Preise sinken?
- Beruht nicht der als „ungleich“ erscheinende Tausch vieler Arbeitsstunden in Entwicklungsländern gegen wenige in Industrieländern darauf, daß in Industrieländern erheblich mehr vorgetane (geronnene) Arbeit in Form eines großen Kapitalstocks eingesetzt wird als in Entwicklungsländern? Ist dieser Aspekt nicht bedeutsamer als mögliche schlechte Preisrelationen durch Wettbewerbsverzerrungen?

Die Dependenztheorie vernachlässigt zudem für die „Dritte Welt“ wichtige Problembereiche, wie das seit langem anhaltend hohe Bevölkerungswachstum und die ökologischen Probleme, die auch mit der Bevölkerungsentwicklung verbunden sind. Sie werden in ihrer Brisanz unterschätzt. Auch der Bedeutung religiös-kultureller Faktoren für die wirtschaftliche Entwicklung wird nicht hinreichend Rechnung getragen.

Die Dependenztheorie erweist sich überdies oft, wie auch Kritiker aus den eigenen Reihen einräumen, für gewisse politische Herrscher in „Dritte-Welt“-Ländern als nützlich. Diese können – statt mögliche und notwendige interne Reformen einzuleiten – entschuldigend immer auf die „Weltmarktbedingungen“ verweisen und den Eindruck erwecken, daß sie zwar mit der Forderung nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ den Interessen der Bevölkerung in ihrem Land dienen möchten, nur leider an den Industrienationen scheitern. Alle diese Erklärungsdefizite verdeutlichen, warum bislang kaum brauchbare Handlungskonzepte aus diesem Denkansatz gewonnen werden konnten. Dennoch zeigen sie, daß zwar Veränderungen der weltwirtschaftlichen Bedingungen für Entwicklungsländer dringend gefordert sind, aber diese ohne komplementäre interne Reformen keine nachhaltige Wirkung der Verminderung von Armut bewirken können.

6. Bessere weltwirtschaftliche Bedingungen für Entwicklungsländer

Verbesserungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind unerläßlich. Sie sind von verschiedenen Dokumenten der kirchlichen Sozialverkündigung angemahnt worden. Viele der im folgenden angeführten Maßnahmen zielen letztlich darauf ab, die auf weltwirtschaftlicher Ebene vorhandenen ordnungspolitischen Defizite abzubauen, um die Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Marktkräfte tatsächlich dem Weltgemeinwohl dienen. Folgende Einzelmaßnahmen zum Abbau ungleicher Abhängigkeiten und für eine erfolgreiche Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft erscheinen dabei als vordringlich:

a) Importen von tropischen Agrarprodukten und mineralischen Rohstoffen gewähren die Industrieländer in der Regel Zollfreiheit. Mit zunehmendem Verarbeitungsgrad steigende Zölle (Zolleskalation) behindern jedoch die Entwicklungsländer bei dem Versuch, die Exportstruktur zu erweitern und Schwankungen ihrer Exporterlöse zu vermindern. Hierdurch könnten verstärkt stabile Wertschöpfungsbestandteile in die Exportpreise eingehen. Rohstoffexportierenden Entwicklungsländern sollten verbesserte Informationen über die internationale Marktentwicklung (Angebots- und Nachfragepotential) bereitgestellt werden. Weitere Instrumente zur Stabilisierung der Rohstoffpreise und der Exporterlöse sind zu schaffen (z.B. Ausgleichszahlungen, langfristige Rohstoffabkommen), wobei allerdings die Erfahrungen vielfach gescheiterter Rohstoffabkommen und deren Ursachen genau analysiert werden müssen.

b) Die Industrieländer sollten ihre Agrarproduktion offen dem Wettbewerb der Entwicklungsländer aussetzen und nicht länger mit hochsubventionierten Agrarexporten die Absatzchancen der Entwicklungsländer verschlechtern.

Der systematische Export von Agrarüberschüssen in Entwicklungsländer behindert deren landwirtschaftliches Entwicklungspotential. Sie werden dadurch von Bemühungen um eine produktivere Gestaltung des Agrarsektors abgehalten. Die Vernachlässigung des Agrarsektors erweist sich aber nicht nur mittel- bis langfristig als ein gravierender Hemmschuh der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern stabilisiert auch ungleiche Abhängigkeiten (z.B. von Nahrungsmittelimporten, die nicht selten zudem an politische Bedingungen geknüpft sind).

c) Gerade bei den Industriegütern, mit denen Entwicklungsländer relativ leicht auf den Märkten der Industrieländer wettbewerbsfähig sein könnten, gibt es erhebliche tarifäre, vor allem aber nichttarifäre Handelshemmnis-

se. Dies gilt besonders für die Bereiche Textilien und Bekleidung. Diese hatten für den Entwicklungsweg der Industrieländer eine ebenso zentrale Bedeutung wie der Agrarsektor. Dies gilt auch für Produktionszweige wie Schuhe und Lederwaren, Massenstein u.ä. Hier ist deshalb dringend die Beseitigung von Einfuhrschranken zu fordern.

d) Ein besonders wichtiger Markt für Entwicklungsländer ist der EG-Binnenmarkt. Da hierzu Länder wie Portugal und Griechenland gehören, die nach der Weltbankstatistik noch zum Kreis der Entwicklungsländer zählen, droht die Gefahr, daß auf Druck dieser Länder, die in Entwicklungsländern ihre unmittelbaren Konkurrenten sehen, weniger entwickelte Länder vom Binnenmarkt ferngehalten werden.

Im Interesse der Entwicklungsländer ist gefordert, daß die Liberalisierung im Rahmen des EG-Binnenmarktsprojekts nicht mit einer Anhebung externer Schranken kompensiert wird. Die interne Liberalisierung sollte vielmehr mit externer Liberalisierung Hand in Hand gehen. Dazu sind im Außenhandelsregime der EG verbindliche Regeln festzulegen. Die Anwendung und Einhaltung dieser Regeln (z. B. bei Antidumping-Verfahren) durch die EG-Kommission sollten gerichtlich überprüfbar gemacht werden.

Erleichtert würde eine liberale EG-Außenhandelspolitik, wenn den rückständigen EG-Ländern die Chance des Aufholens und der Angleichung durch eigene Leistung geboten würde. Eine übereilte Beseitigung des Wechselkuspuffers zwischen den verschiedenen entwickelten EG-Ländern durch eine frühzeitige Währungsunion verschlechtert diese Chance. Ergänzend sollten die relativ wohlhabenderen EG-Länder den weniger entwickelten EG-Ländern durch Investitionen in Sach- und Humankapital ermöglichen, den Strukturwandel zu beschleunigen und sich den höher entwickelten Staaten anzunähern.

e) Im Rahmen des GATT sollten Institutionen geschaffen werden, die die Entstehung und die Ausübung von privater und staatlicher Wirtschaftsmacht zum Nachteil ausländischer Konkurrenten verhindern (z. B. multinationale Unternehmen, internationale Kartelle, staatliche Monopolunternehmen, z. B. im Verkehrssektor, bei Energie und Telekommunikation).

f) Die Möglichkeit der Entwicklungsländer, Fertigerzeugnisse in Industrieländer zu liefern, darf nicht durch überzogene und protektionistische Maßnahmen zum Schutz geistigen Eigentums unterbunden werden. Der Zugang zu technologischem Wissen der Industrieländer ist durch „Know how“-Transfer zu erleichtern. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß Entwicklungsländer internationalen Abkommen beitreten und sich einer wirk-

samen internationalen Kontrolle unterwerfen (Atomwaffensperrvertrag, Schutz des geistigen Eigentums u.ä.), um den Mißbrauch von Technologieimporten für Rüstungsproduktion und Kriegsführung zu unterbinden.

g) Bei ihrer Kreditpolitik und der Auflagenpolitik gegenüber hochverschuldeten Ländern sollten sich IWF und Weltbank nicht allein auf eine Beeinflussung makroökonomischer Größen wie Wechselkurse, Zahlungsbilanzen, Haushaltsdefizite, Inflationsraten usw. beschränken. Vielmehr sind auch soziale und ökologische Folgewirkungen (z. B. Kürzung des Budgets für Gesundheits- und Bildungswesen, zusätzliche Arbeitslosigkeit, Verdrängung von Kleinbetrieben und eventuell ein Raubbau an Wald) zu berücksichtigen, was z. B. für eine zeitliche Streckung von Anpassungsmaßnahmen und für besondere Programme zur Abfederung der Folgewirkungen spricht. Bei diesen Sonderprogrammen sollten über die häufig nicht demokratisch legitimierten Regierungen der „Dritte-Welt“-Länder hinaus auch Organisationen der unmittelbar Betroffenen beteiligt werden. Je nach Situation einzelner Länder sind auch vollständige oder teilweise, an Bedingungen geknüpfte Schuldenerlasse sinnvoll.

7. Notwendige innere Reformen

Makroökonomische Fehlentwicklungen sind in aller Regel Symptome für ordnungspolitische Versäumnisse auf globaler und nationaler Ebene. Daher müssen sie in der Politik von IWF und Weltbank stärker berücksichtigt werden. Dabei dürfen von außen vorgeschlagene ordnungspolitische Korrekturen wie die Installierung von unabhängigen Zentralbanken, die Forderung nach Erhebung von Einkommensteuern, Reduktion des Rüstungsaufwandes, Unterlassung der Importe von Rüstungsgütern, Agrarreform, Entflechtung von Unternehmenskartellen, Privatisierung von Staatsbetrieben usw. kein Tabu mehr sein. Ohne komplementäre ordnungspolitische Korrekturen bleibt eine an rein makroökonomischen Größen ansetzende Politik verfehlt und muß scheitern, weil sie die institutionellen Ursachen der Überschuldung nicht beseitigt. Solche institutionellen Reformen müssen vor allem darauf abzielen, die politischen, institutionellen und ökonomischen Beschränkungen zu lockern, die die arbeitenden Menschen in Entwicklungsländern daran hindern, die „Früchte ihrer Arbeit auch zu genießen“. Tiefgreifende ordnungspolitische Korrekturen können dann mit Schuldenerleichterungen und Neukrediten verbunden werden.

In einer immer stärker vernetzten Welt kann es unbeschränkte nationale Souveränität immer weniger geben. Von jedem Land ist gefordert, sich gemeinsamen Regeln und Institutionen zu unterwerfen. Denn nur durch ge-

meinsame Regeln und Institutionen können die weltweiten, länderübergreifenden Probleme gelöst werden. Neben der Achtung der Menschenrechte gilt dies auch für wirtschaftliche Regeln und Institutionen.

Die Tatsache, daß sich trotz gegebener Weltmarktbedingungen ein weitreichender Differenzierungsprozeß zwischen einzelnen Ländern der „Dritten Welt“ bzw. einzelnen Regionen in der „Dritten Welt“ vollzogen hat, läßt bei allen Nachteilen der gegebenen weltwirtschaftlichen Strukturen doch auf einen beachtlichen Handlungsspielraum für eigenständige Gestaltung schließen. Dies zeigt sich auch in den beträchtlichen Ressourcen, die bisher für Luxuskonsum der Oberschicht, für den Import von Rüstungsgütern und nationale Prestigeobjekte statt für produktive Investitionen verwandt wurden. Auch zeigt das erhebliche Ausmaß an innerer und äußerer Kapitalflucht, daß es nicht an Geld, sondern an verlässlichen Anlagebedingungen fehlt. Hier liegt die Ursache für den in der Dependenztheorie bekämpften „Kapitalabfluß“ aus den Entwicklungsländern.

Die entwicklungswirtschaftlich sinnvolle Nutzung der bestehenden Handlungsspielräume setzt voraus, daß die Vorteile prinzipiell freiheitlicher Weltmarktbedingungen für das eigene Land entdeckt und im Hinblick auf eine produktive Verwendung der eigenen Ressourcen (Boden, Rohstoffe, Arbeitskräftepotential) genutzt werden und dann nach angepaßten Möglichkeiten der gezielten Vergrößerung des eigenen Potentials gesucht wird. Für solche Suchprozesse ist ein rechtlich garantierter Freiraum für die Betätigung einheimischer Unternehmer unabdingbar. Zudem ist der Aufbau eines leistungsfähigen Bildungswesens, das zur Vermehrung und Diffusion von Wissen beitragen kann, unverzichtbar. Die Erfahrungen der Industrieländer (verschiedene Lobbys, z. B. im Agrarbereich) zeigen, daß eine vorurteilsfreie Lageanalyse und erst recht entsprechende Handlungsprogramme immer auf den Widerstand bestimmter Interessen (z. B. Grundeigentümer, nationales Unternehmertum, von Lohnkürzungen oder Entlassung bedrohte Arbeiter) stoßen dürften. Industrienationen bzw. internationale Organisationen sollten durch politischen und moralischen Druck sowie ökonomische Anreize produktive Bedingungen schaffen, die innere Reformen begünstigen. Die Kirchen haben die Pflicht, durch eine gesellschaftspolitische Öffentlichkeitsarbeit solche Reformen zu fördern. Die Freiheit von Forschung und Lehre, die Freiheit der öffentlichen Meinungsbildung sind bei dem Versuch, den Einfluß etablierter entwicklungshemmender Interessen zu begrenzen, unverzichtbar. An dieser gesellschaftlichen Willensbildung müssen auch bisher nicht organisierte, am Rande der Gesellschaft stehende Gruppen (z. B. die arme Landbevölkerung) beteiligt werden. Ohne die politische Partizipation der Armen und ihrer Organisationen im Rahmen rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen wird es keine menschlichere Entwicklung geben.

Konzepte der wirtschaftlichen Entwicklung und Schwerpunktsetzungen mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen müssen gesellschaftlich abgewogen werden können. Dies gilt für alle Bereiche der Entwicklung: für die ländliche Entwicklung zur Versorgung des Binnenmarktes, für einen eventuellen Agrarexport, für Schwerpunktsetzung bei der Industrialisierung (mit oder ohne ausländische Direktinvestitionen), für die Steuerung von Touristenströmen, für die Gestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen (z. B. Kreditaufnahme im Ausland) u.a.m.

Die liberalen Freiheiten der Meinungsbildung, demokratischer Partizipation und unternehmerischer Betätigung kommen direkt nur einem kleinen Teil der Gesellschaft zugute, wenn nicht zugleich Maßnahmen zum Abbau sozialer Ungleichheit ergriffen werden. Dazu zählt vor allem der Aufbau eines effektiven Systems sozialer Sicherung, das ein Minimum an Versorgung auch bei Krankheit, bei Arbeitsplatzverlust und im Alter gewährleistet.

Vor allem aber muß auch nach Möglichkeiten der Kooperation mit anderen Entwicklungsländern gesucht werden, um die bisherigen Fehlschläge der Süd-Süd-Kooperation zu überwinden, Fehlschläge, die nicht nur auf das Fehlen einer entsprechenden Infrastruktur zurückzuführen, sondern auch dadurch bedingt sind, daß man sich nicht auf Felder gemeinsamer Vorteilserzielung und auf Regeln der Verteilung von Vorteilen einigen konnte. Vielmehr wurden sogar protektionistische Maßnahmen der Entwicklungsländer untereinander selbst aufgebaut.

Diese allgemeinen Überlegungen zu der durch die Dependenztheorien angestoßenen Diskussion sind unmittelbar problemorientiert: Die Probleme der Entwicklungsländer werden in fundamentalen Verstößen gegen die Grundregeln der sozialen Marktwirtschaft gesehen: einmal auf der Ebene der Weltwirtschaft, zum anderen auf der Ebene der Entwicklungsländer und der Industrieländer selbst. Von diesen Grundsätzen her kann ein Kriterienraster entwickelt werden, das Analysen zum konkreten Begreifen regionaler Probleme wie Ansätze zu deren Lösung anbietet.

8. Versuch einer Anwendung auf afrikanische Volkswirtschaften

a) Der differenzierte Charakter des afrikanischen Kontinents macht es schwierig, wenn nicht unmöglich, die Bedingungen für sozio-ökonomische Entwicklung generell zu analysieren und daraus Empfehlungen abzuleiten, welche allgemeine Gültigkeit beanspruchen könnten. Es bestehen außerordentlich große Unterschiede, sowohl was die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen, sozio-ökonomische und kulturelle Strukturen und Institutionen, historische Entwicklung, Erfahrungen mit dem Kolonialis-

mus als auch was die Struktur und Funktion der derzeit existierenden gesellschaftlichen und politischen Systeme anbetrifft. Gerade die letzten scheinen in der Tat mehr und mehr in Bewegung zu geraten.

b) Fast alle afrikanischen Länder sind mit folgenden Problemen konfrontiert:

- Nahrungsmittelknappheit;
- wachsende Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung;
- Landflucht und problematisches Wachstum metropolitaner Ballungen;
- steigender Druck der Bevölkerung auf das agrarisch nutzbare Land;
- fortschreitende Desertifikation durch Bevölkerungsdruck und die Anwendung obsoleter Agrartechniken bis hin zu ökologischen Katastrophen, besonders in semi-ariden (wüstennahen) Gebieten.

c) Dabei kann nicht geleugnet werden, daß die koloniale Vergangenheit, die Ausrichtung auf Monokulturen und die typische Art der Verstädterung mit zu den Ursachen der Misere gerechnet werden müssen. Auch spielt die Weltmarktsituation und die Agrar- und Wirtschaftspolitik der Industrieländer in diesem Zusammenhang eine verhängnisvolle Rolle. Dennoch liegt es im Interesse der afrikanischen Länder selbst, bestimmte interne gesellschafts- und wirtschaftspolitische Defizite zu minimieren, weil diese die ungünstigen Wirkungen der spezifischen Einbettung afrikanischer Länder in das Weltsystem verstärken.

d) Schlüsselbereiche der internen Bedingungen sind:

- politische und gesellschaftliche Systeme;
- Agrarverfassung;
- Bevölkerungswachstum;
- Umweltzerstörung;
- rapide Zunahme metropolitaner Ballungen und Slumbildung;
- eine defizitäre Wirtschafts-, Agrar- und Gesellschaftspolitik.

e) Gesellschaftliche und politische Systeme leiden vor allem an den Schwierigkeiten des „nation-building“, weitgehend eine Folge der willkürlichen Grenzziehung aus der Kolonialzeit. Stammesfeinden verhindern die Bildung einer echten parlamentarischen Demokratie, die ihrerseits wieder Grundlage einer sozialen Marktwirtschaft ist. Gesellschaftliche und politische Systeme, beherrscht von „Eliten“, die in geradezu ungebrochener kolonialer Mentalität den „Staat als Beute“ betrachten, verhindern oder behindern die Ausbildung eines adäquaten Rechtsbewußtseins und begrenzen den Spielraum für echte Selbsthilfe auf ein Minimum. Pressure

groups und Interessenvertretungen von Marginalgruppen werden von vornherein als subversiv angesehen und weitgehend unterdrückt. Der Zustand vieler afrikanischer Gesellschaften ist charakterisiert durch die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“. Insbesondere kulturelle Muster und soziale Verhaltensweisen sind nicht mehr kompatibel mit einer sich ständig verändernden Systemumwelt. Dies gilt insbesondere für die Stellung der Frau, die als wichtigster Faktor im Wirtschaftsleben sozial nach wie vor eher diskriminiert wird. Bevölkerungswachstum und die Ausbreitung von Aids hängen, so paradox das auch klingt, nicht zuletzt mit der sozialen Wertung der Frau zusammen.

f) Die Agrarverfassung ist gekennzeichnet durch kollektives Eigentum des Stammes, des Dorfes oder des Clans (in der Mythologie der Ahnen) mit individueller Bewirtschaftung durch die Familie. Traditionelle technische Form ist die „shifting cultivation“ mit Brandrodung. Sie gerät unter den wachsenden Druck der Bevölkerung, der durch beschleunigte Rotation keine Ruhepausen für den Boden mehr zuläßt und direkt dem ökologischen Zusammenbruch des traditionellen Agrarsystems Vorschub leistet. Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch die veränderte Rolle der „Chiefs“ oder „Chef de Terre“. Traditionell waren sie für eine gerechte Zuweisung der Parzellen zuständig. Heute sind deutliche Tendenzen der „Landlord“-Bildung zu beobachten.

g) Es kann kaum Zweifel daran bestehen, daß die Kombination von übermäßigem Bevölkerungswachstum, unzureichenden Agrartechniken, überholten Formen der Agrarverfassung und einer zu beobachtenden „Refeudalisierung“ des Grundbesitzes der Umweltzerstörung in die Hand arbeitet. Es geht hier nicht nur um bessere Techniken, sondern weitgehend auch um institutionelle Reformen und eine integrierte ländliche Entwicklung, die die Landflucht durch die Schaffung nichtlandwirtschaftlicher ländlicher Arbeitsplätze reduzieren könnte.

h) Die Wirtschaftspolitik vieler Länder ist entwicklungspolitisch der Theorie des ungleichgewichtigen Wachstums gefolgt. Im Vertrauen auf den sog. „trickle down effect“ ist die industriell-urbane Entwicklung überbetont worden. Das ist zum Teil eine Folge der kolonialen Tradition, aber auch der Entwicklungshilfe „der frühen Jahre“. Unter anderem war eine Aufblähung der Metropolen die Folge, die eigentlich das Gegenteil einer echten Urbanisierung darstellt. Katastrophal hat sich gerade in diesem Zusammenhang die Vernachlässigung der traditionellen Landwirtschaft ausgewirkt. Dabei spielt vor allem die Erzeugerpreispolitik für Nahrungsmittel eine unselige Rolle. Fast alle Regierungen haben diese Preise künstlich

niedrig gehalten, um in einer Art „sozialer Befriedigungsstrategie“ die Nahrungsmittelpreise für die wachsenden Massen der städtischen Armen so tief wie möglich zu halten. In einer Art „Back-lash-effect“ hat diese Politik zum Niedergang der traditionellen Landwirtschaft und zur weiteren Landflucht beigetragen. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang eine Importpolitik für Nahrungsmittel, die insbesondere im Verein mit einer undifferenzierten Nahrungsmittelhilfe zu einem für die traditionelle Landwirtschaft oft geradezu tödlichen Verdrängungswettbewerb geführt hat.

i) Neben einer Umorientierung der Welthandelspolitik, wie oben im Abschnitt 6 näher ausgeführt, ist also eine grundsätzliche Umorientierung der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik in den afrikanischen Ländern erforderlich. Dabei sind folgende Überlegungen wichtig:

- Eine adäquate sozio-ökonomische Entwicklung läßt sich ohne Veränderungen politischer und sozio-kultureller Systeme nicht bewerkstelligen. Es geht um Bewußtseinswandel bei den „Herrschenden“ und dem „Volk“. Es geht um institutionelle Veränderungen. Es geht in aller Regel um Dezentralisierung, Mitbestimmung und die Aktivierung der Fähigkeit zur Selbsthilfe auf allen Ebenen. Grundlegend ist dabei eine effektive Garantie elementarer Menschenrechte durch die Rechtsordnung. Weiterhin muß im politischen System eine Demokratisierung durch Schaffung einer Mehrparteidemokratie erfolgen.
- Jede Entwicklungsstrategie muß die Verflechtung von innersystemischen und außersystemischen Konstellationen analysieren und den Interdependenzen zwischen natürlichen, sozio-ökonomischen, demographischen, kulturellen, technischen und politischen Faktoren in einem für bestimmte Länder gegebenen spezifischen Zusammenhang Rechnung tragen.
- Die Hauptverantwortung für die Anwendung solcher Strategien muß im Sinne einer mündig gewordenen „Dritten Welt“ bei den afrikanischen Ländern und Gesellschaften selbst verbleiben, auch wenn die Industrieländer keineswegs aus ihrer Verantwortung entlassen werden können. Diese wahrzunehmen, liegt letztlich angesichts der Tatsache, daß in der sich herausbildenden Weltgesellschaft wechselseitige „Abhängigkeiten“ sich verstärken werden, in ihrem ureigensten Interesse. Gerade Ereignisse der letzten Zeit haben besonders im Hinblick auf die ökologische Problematik gezeigt, daß die Abhängigkeit der „Reichen“ von den „Armen“ in der „one world“ im Steigen begriffen ist.

II. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Afrikas im internationalen Kontext.

Statements zu der Studie „Die Dependenztheorie als Ansatz zur Erklärung von Armut und Unterentwicklung“ aus afrikanischer Sicht

1. Statement von M. Pascal Kuate

Es ist nicht leicht, dem von deutschen Experten erstellten und vorgelegten Dokument über die Probleme, die die afrikanische Wirtschaft und Gesellschaft ruinieren, etwas hinzuzufügen. Dennoch sei es mir gestattet, Ihnen im folgenden einige Gedanken zu diesem Thema und den Problemen der wirtschaftlichen Abhängigkeit als einer der Erklärungen für die Unterentwicklung der afrikanischen Länder darzulegen. Die These von der wirtschaftlichen Abhängigkeit, oft auch als „Herrschaft“, „Ausbeutung“ oder „Blockierung“ bezeichnet, ist als Reaktion auf die These der „Rückständigkeit“ als Ursache bzw. Erklärung der Unterentwicklung aufgestellt worden; die Rückständigkeitsthese wird von einer Denkrichtung vertreten, der im allgemeinen kapitalistisch orientierte Ökonomen angehören und zu deren führenden Köpfen W.W. Rostow zählt. Es wäre daher angebracht, vor einer aktuellen Situationsbeschreibung und Analyse der Ursachen sowie dem Entwurf einiger Lösungsvorschläge zunächst kurz auf diese These einzugehen.

Anfang der 60er Jahre erlangten die meisten Länder Schwarzafrikas nach oft langen und harten Kämpfen ihre politische Unabhängigkeit. Sie wurden zunächst der Gruppe der rückständigen Länder zugeordnet; nachdem sie ihr Schicksal selbst in die Hand genommen hatten, war ihre vordringliche Sorge die, die Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung so bald und so gut wie möglich zu lösen.

Da fast alle dieser Länder ehemalige Kolonien westeuropäischer Staaten waren, war es auch ganz natürlich, daß sie sich den westlichen Entwicklungsmodellen zuwandten.

Damals bildeten die meisten der Studien über wirtschaftliche und soziale Entwicklung einen „starren theoretischen Korpus“: Es handelte sich um Modelle, die die Wirklichkeit rückständiger Volkswirtschaften darstellen sollten und dazu geeignet waren, konkrete politische Maßnahmen zur Überwindung der Unterentwicklung zu bestimmen.

Auch wurden unter der Schirmherrschaft internationaler Entwicklungsorganisationen zahlreiche Arbeiten über volkswirtschaftliche Planung oder über die je nach Wirtschaftssektor durchzuführende Politik erstellt. All diese Arbeiten beruhten hauptsächlich auf der Überzeugung, daß die wirt-

schaftliche Entwicklung ein universeller Weg sei, vorausgesetzt, daß bestimmte Hindernisse beseitigt und Bedingungen dafür geschaffen werden, daß sich das Wachstum der fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf die rückständigen überträgt. Dies entsprach der Vorstellung eines unilinearen Wirtschaftswachstums: Das Geldkapital, die im Westen erprobten Technologien und der internationale Handel sollten den Aufschwung der rückständigen Volkswirtschaften sicherstellen. Dies war das Primat der Rückständigkeitsthese.

Die Rückständigkeitsthese bewegt sich in einem Rahmen von Untersuchungen, die schon sehr alt sind. Nach dieser These befänden sich alle Länder auf ein und derselben Linie wirtschaftlichen Wachstums und würden sich auf einen Endpunkt hin bewegen, wobei sie jede einzelne der fünf Stufen durchlaufen würden, die W. W. Rostow wie folgt systematisiert hat:

1. Stufe: die traditionelle Gesellschaft, die von rückständigen wirtschaftlichen, geistigen, sozialen und technologischen Strukturen, die das wirtschaftliche Wachstum bremsen, geprägt ist.
2. Stufe: Phase des Übergangs; sie stellt den Beginn der Entwicklung in allen Bereichen dar.
3. Stufe: Startphase; der Gesellschaft gelingt es, die Hindernisse und Barrieren, die das Wachstum behindern, zu beseitigen.
4. Stufe: Reifungsprozeß bzw. Entwicklungsphase; die wirtschaftlichen Strukturen ändern sich rapide, und die Wirtschaft wächst schneller als die Bevölkerung.
5. Stufe: Zeit des Massenkonsums; Endphase: Stagnation bzw. die Suche nach anderen Grenzen.

Nach dieser These haben alle entwickelten Gesellschaften von heute diese fünf Phasen durchlaufen; die weniger entwickelten werden sie noch durchlaufen. Zur Zeit sind sie einfach nur im Rückstand, und zwar aus mehreren Gründen, von denen folgende hervorgehoben werden können:

1. Gründe, die sich auf natürliche Faktoren beziehen, wie zum Beispiel auf das Klima und auf das, was es an Krankheiten mit sich bringt, die die Arbeitsdynamik und -fähigkeit beeinträchtigen;
2. Ausstattung an natürlichen Ressourcen, deren Mangel wie auch merkwürdigerweise deren Überfluß ein Handicap darstellen kann;
3. Ursachen, die den Menschen betreffen. Ein Autor wie John Stuart Mill sieht die tieferen Ursachen der Unterentwicklung hauptsächlich in psy-

chologischen, sozialen und institutionellen Faktoren begründet, die die Aktivität und das Bemühen des Menschen hemmen, ihn am Fortschritt hindern, etc.

Indessen ist zu erkennen, daß die Rückständigkeitsthese Mängel und Beschränkungen hervorhebt, die sich hier wie dort finden lassen, die jedoch keine unüberwindbaren Hindernisse sein können.

Diese These scheint nicht zu berücksichtigen, daß die meisten Entwicklungsländer und fast alle Länder Schwarzafrikas ehemalige Kolonien sind und daß alle Kolonien, wie im übrigen alle traditionellen Gesellschaften, die Auswirkungen der industriellen Revolution im Westen direkt oder indirekt zu spüren bekamen. Indes war Europa damals schon zu einem Markt mit einer starken Nachfrage nach tropischen Produkten und zu einer Industriemacht geworden, die auf der Suche nach größeren Absatzmärkten war. Um dieser doppelten Anforderung zu genügen, orientierte Europa die wirtschaftliche Struktur der Gesellschaften, die es militärisch unterworfen hatte, um. Diese Gebiete nahmen ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Welthandel einen immer bedeutenderen Platz ein. Anfang der 50er Jahre dieses Jahrhunderts stellte sich aber in zunehmendem Maße heraus, daß eine solche Verteilung weit davon entfernt war, eine wunderbare Fügung zu sein, vor allem nicht für die „Dritte Welt“. Durch die Ausdehnung der Exportkulturen wurde die Entwicklung nicht gefördert, sondern vielmehr behindert.

Inzwischen weitete sich die Kontroverse über die Ursachen der Unterentwicklung aus. Nach den 60er Jahren fanden die Thesen von der rückständigen Wirtschaft weniger Anwendung; dagegen wurden die Thesen von der vom imperialistischen Kapitalismus dominierten-ausgebeuteten-blockierten (oder noch abhängigen) Wirtschaft von radikalen Theoretikern sowie allgemein von den sozialistischen Ländern weiterentwickelt und unterstützt.

Diese Erklärungsrichtung hat ihren Ursprung in den schon zuvor vorgebrachten Protesten gegen die negativen humanen und sozialen Auswirkungen der Entwicklung des Kapitalismus im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Diese negativen Auswirkungen wurden von Schriftstellern und Denkern wie Proudhon, Karl Marx und Lenin angeprangert. Die Kirche hat sie vor allem in ihren Enzykliken, wie z. B. in der Enzyklika *Rerum Novarum* von Papst Leo XIII., angeprangert und verurteilt.

Nach Ansicht radikaler Autoren ist die Unterentwicklung der Länder der „Dritten Welt“ schlicht die Folge ihrer Beherrschung durch den Weltkapitalismus im Bereich des Handels, der Einkommensverteilung, der Geldströme, der Technologie, der Kultur und der Gesamtheit der Entwicklungs-

mechanismen. Für sie kann die vom Kapitalismus dominierte, ausgebeutete und in ihrer Entwicklung gehemmte „Dritte Welt“ ihr „Heil“ nur einerseits in dem Bruch mit dem von den kapitalistischen Kräften dominierten Weltmarkt und andererseits in dem Aufbau von Volkswirtschaften finden, die rein national ausgerichtet sind und sich zum Sozialismus hin entwickeln. Diese Dependenztheorie ist bereits ausführlich in dem von unseren Kollegen aus Deutschland vorgelegten Dokument analysiert worden.

Wir können durchaus sagen, daß unabhängig von der Herrschaftsform – ob sie nun alt oder neu ist – es auch hier für Menschen, die solidarisch handeln sowie den Willen haben, zusammenzuarbeiten und ihr Schicksal zu ändern, kein unüberwindbares Hindernis gibt. Die Geschichte besteht im übrigen aus solchen Begegnungen, die nicht immer die Herrschaft des Stärkeren über den Schwächeren zur Folge gehabt haben; so zum Beispiel das Aufeinandertreffen von Römern und Griechen in der Antike. Horaz beschreibt die Begegnung zwischen den beiden Kulturen in seiner Briefsammlung, Buch II, Vers 156, den ich hier zitieren möchte: „Das eroberte Griechenland hat seinen wilden Bezwinger gebändigt und die Künste ins bauerliche Latium gebracht.“

Die Abhängigkeitsthese scheint eher eine ideologische Kampfzunge gegen das kapitalistische System gewesen zu sein als ein wirkliches Instrument für eine effektive wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Angesichts gesellschaftlicher Gruppen, die den Staatsapparat beherrschen, sowie angesichts des geringen Wandels der Lage der unzähligen Armen in der Stadt und auf dem Land selbst in Ländern, die ihre Unabhängigkeit bekunden oder sich zum Sozialismus bekennen, sollten wir uns hinsichtlich der Radikalität der vorgeschlagenen bzw. unternommenen Änderungen einige Fragen stellen.

Die Länder Schwarzafrikas bieten heute zwar ein wesentlich komplexeres und vielschichtigeres Bild als die derzeitigen Thesen vermitteln; dennoch kann man ganz allgemein festhalten: Diese Länder sind arm, und ihre Probleme sind seit etwa dreißig Jahren noch komplexer und schwerwiegender geworden.

Unabhängig von dem Entwicklungsmodell (Kapitalismus oder Sozialismus), das übernommen bzw. angewandt wird, das Ergebnis ist im wirtschaftlichen und sozialen Bereich stets das gleiche: Es mißlingt!

Wir können und müssen sogar zuerst die tieferen Ursachen für dieses globale Scheitern suchen, bevor wir Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Zukunft dieser Länder ins Auge fassen.

Es ist nicht unsere Absicht, hier eine ausführliche Liste der tieferen Ursachen für die Probleme des afrikanischen Kontinents vorzulegen. Wir meinen jedoch, daß man folgende Umstände mitverantwortlich machen kann:

1. die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Afrikas in Kontakt mit dem Westen;
2. direkte oder indirekte Helfershelfer im Westen und in Afrika;
3. Errichtung einer Welt, in der Gott immer weniger Platz eingeräumt wird.

Zu 1.: Zwischen der schematischen Darstellung der Entwicklung des Wirtschaftswachstums von W. W. Rostow (kapitalistisches System) und der von Karl Marx (sozialistisches System) ist eine Ähnlichkeit, ja sogar eine gewisse Übereinstimmung zu erkennen. Die letzte Stufe ist bei W. W. Rostow durch den „Massenkonsum“ und bei Karl Marx durch den Slogan „jedem nach seinen Bedürfnissen“ gekennzeichnet. Sowohl bei dem einen als auch bei dem anderen Schema wäre die Konsumgesellschaft die letzte Stufe. Es handelt sich hier um die normale Entwicklung jeder Wirtschaft, d.h. die volle Befriedigung aller wirtschaftlichen Bedürfnisse des Menschen.

Im Westen liegt der Konsumgesellschaft ein vollkommenes, leistungsfähiges, dynamisches und effizientes Produktionssystem zugrunde: jeder leistungsfähige Mensch findet Arbeit in der Produktion und eine ziemlich gehobene Stellung in der Gesellschaft. Das Streben nach Effizienz und Qualität leitet die Gesellschaft in ihren Funktionen und ihren politischen, bildungspolitischen und wirtschaftlichen Entscheidungen.

In Afrika dagegen wollten wir so schnell wie möglich eine Konsumgesellschaft nach westlichem Muster aufbauen, wobei wir durch das Konsumverhalten, die Medien, die Ziele und Effekte des Marketings im Westen sowie durch unsere starke Neigung, importierte Produkte zu konsumieren, unterstützt wurden.

Im Gegensatz zum Westen liegt der afrikanischen Konsumgesellschaft jedoch kein leistungsstarkes, dynamisches und effizientes Produktionssystem zugrunde; eine Konsumgesellschaft ohne eine adäquate Produktion zu schaffen, bedeutet nun aber, erneut ein Volk von Hungernden und Bettlern hervorzubringen.

So ruft das Problem, die immer knapper werdenden und durch die Produktion nicht aufgestockten Ressourcen zu verteilen, unweigerlich Konflikte hervor und verschlimmert den Tribalismus, den die Politiker häufig als bequeme Ausrede benutzen, um unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu vertuschen.

Unser Bildungssystem, das immer mehr Kinder aufnimmt, die kaum noch Betreuung finden, ist auf der Suche nach seiner eigenen Identität, und ihm wird häufig vorgeworfen, sich nicht anzupassen, den Unterricht nicht professionell genug zu gestalten und schließlich doch nur Arbeitslose auszubilden. Wie kann aber nun ein Ausbildungssystem jungen Menschen eine

vernünftige Berufsausbildung geben, wenn es nicht, zumindest annähernd, die qualitativen Anforderungen des Produktionssystems kennt, einfach weil es dies hier praktisch nicht gibt. Wie soll die berufliche Qualifizierung für ein Wirtschaftssystem, das hauptsächlich auf den Konsum ausgerichtet ist, aussehen? So sind selbst unsere Ingenieure arbeitslos; das Streben nach Qualität und Effizienz kann im Erziehungs- und Bildungswesen nur unter Berücksichtigung der Anforderungen des Produktionssystems erfolgen.

Zu 2.: In Afrika gelangen viele Führer und wichtige Entscheidungsträger dank bestimmter westlicher Führungskräfte und oft gegen den Willen der afrikanischen Völker an die Macht und in hohe politische oder andere bedeutende Ämter. Die Völker dieser westlichen Demokratien haben, obgleich sie selbst alle Handlungen ihrer Führungskräfte kontrollieren und ahnden, nur selten ihre Ablehnung und Mißbilligung bekundet. Zeitungen und Bücher berichten, daß viele unserer Führungskräfte nicht nur enorme Reichtümer besitzen, die wohl aus dem Staatsvermögen stammen, sondern diese auch in den Westen in Sicherheit bringen, und zwar in Länder, die die Herkunft des kleinsten Vermögens ihrer Führungskräfte kontrollieren und überprüfen.

Zu 3.: Während das sozialistische System seinen Atheismus offen bekundete, läuft das nun triumphierende kapitalistische System aufgrund seiner perversen und gefährlichen Folgeerscheinungen sowie seines Materialismus und trotz seines Liberalismus Gefahr, zum gleichen Ergebnis zu kommen: die Errichtung einer Welt ohne Gott. Warum ziehen unsere Kirchen im Westen, selbst an den großen Feiertagen, weniger Menschen an als das einfachste Fußballspiel oder das kleinste Volksmusikskonzert? Warum ziehen sie vor allem ältere Menschen und so wenig junge Leute an, die es oft vorziehen, ihr „Glück“ und ihr „Heil“ im Alkohol und in Drogen zu suchen?

Das kapitalistische System wäre an diesen Phänomenen und ihrer Entwicklung nicht ganz unbeteiligt. In Afrika wären die Kirchen zwar voller, und es kämen mehr jüngere Menschen; aber wo zeigt sich unser spiritueller Elan in den Fakten und in unserem persönlichen Umfeld? So sind unsere christlichen Kaufleute, Beamten und Führungskräfte manchmal schlimmer gewesen als die anderen.

Dies scheinen mir einige der Ursachen der Probleme bzw. der Situation zu sein, die in Schwarzafrika vorherrscht. Ich kann hier jetzt nicht ausführlich auf Lösungsmöglichkeiten eingehen, möchte jedoch drei Punkte hervorheben:

1. Erneuerung oder Umgestaltung einer Wirtschaftsordnung, die in materiellen Überfluß mündet und individuelle sowie soziale Frustrationen hervorruft, für die die Selbstmorde von Jugendlichen, das Alkohol- und Drogenproblem, Scheidungen, das Auftreten von Sekten, Gewalt etc. deutliche Zeichen sind;
2. Aufbau einer Wirtschaft, die zugleich alle wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Bedürfnisse, wie zum Beispiel soziale, emotionale und spirituelle Bedürfnisse, befriedigen kann;
3. Errichtung einer Welt, die zwar wohlhabender, aber auch und vor allem menschlicher, solidarischer und mehr auf Gott ausgerichtet ist. (Denn wir dürfen nie vergessen, daß der Teufel handelt und ihm alle Waffen und alle Wege recht sind, um Erfolg zu haben: durch Tribalismus hervorgerufene Spaltungen, Rassismus, Diskriminierung, Gegensatz von arm und reich, schwarz und weiß, etc. So muß die Aufgabe derer, die Christus dienen, die Suche nach Gerechtigkeit, nach der Wahrheit, der Solidarität und der Einheit sein, auch und vor allem im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, damit die Wirtschaft dem Menschen dient, denn der Mensch ist Gottes Werk.)

Ich meine, daß die Kirche sich mit diesen Problemen befassen muß.

Pascal Kuate lehrt Betriebswirtschaft an der Universität von Yaoundé (II) und am Institut Catholique de Yaoundé (Katholische Universität Zentralafrikas)

2. Statement von M. Robert Nantchouang

Dieser Beitrag ist eine Antwort auf das Exposé meiner Kollegen aus Deutschland über die Dependenztheorie als Ansatz zur Erklärung von Armut und Unterentwicklung.

Er ist keineswegs als Kritik zu verstehen, vielmehr als Anführung weiterer Faktoren zur Erklärung der Abhängigkeit und deren unmittelbarer Folge, der Armut; er schildert einige Erfahrungen eines Kameruners, die zeigen, inwieweit die Afrikaner für ihr Armutsproblem selbst verantwortlich sind.

Die gesamte Verantwortung für die Armut in den Entwicklungsländern darf nicht allein den Industrieländern angelastet werden. Ich teile nicht den Standpunkt der vereinfachenden Erklärung, wonach die Unterentwicklung in der „Dritten Welt“ als eine unmittelbare und eindeutige Folge der Entwicklung in der „Ersten Welt“ bezeichnet wird. Wir sind heute mit zwei

korrelierenden Phänomenen konfrontiert: Den Industrieländern geht es wirtschaftlich immer besser (mengenmäßig gesehen), während sich die Situation zumindest in den meisten Entwicklungsländern verschlechtert, besonders aber in Afrika südlich der Sahara. Diese negative Korrelation läßt nicht auf einen kausalen Zusammenhang schließen.

Die Entwicklung der Industrieländer hat sicher negative (und auch positive) Auswirkungen auf die der Entwicklungsländer, sie liefert jedoch keine vollständige Erklärung für die wachsende Armut in diesen Ländern. Sieht man das Problem unter dem Aspekt eines negativen Zusammenhangs, könnte man leicht versucht sein, als Lösung dafür einen Wachstumsstop in den Industrieländern vorzuschlagen. Nun will aber niemand die Verarmung eines Landes, ganz gleich welcher Kategorie (entwickelt oder nicht entwickelt) es zugeordnet wird.

Als Afrikaner möchte ich eher das Maß an Verantwortung betonen, das die armen Länder haben. Das eingangs erwähnte Exposé hat es schon angesprochen, aber ich bin es mir selbst schuldig, es nochmals laut und deutlich zu sagen. Wenn wir uns erst einmal selbst in Frage gestellt haben, dann können wir nach der Verantwortung der anderen fragen, und dann können wir gemeinsam versuchen, eine Lösung für unsere beiderseitigen Interessen zu suchen. Bei unserer Infragestellung müssen wir zuerst die Tatsache anerkennen, daß die Industrieländer schon ihr *mea culpa* für die Armut in unseren Ländern bekennen. Das Symposium hier ist *ein* Beweis dafür.

Gestatten Sie mir, hier anhand von drei Beispielen die Aufmerksamkeit der Industrieländer darauf zu richten, wie sie uns auf eine wirksame Art helfen können.

a) Das Agrarproblem

In meinem Land Kamerun hat der Staat bewußt oder unbewußt die Bauern vom Markt verdrängt. Er tat dies, indem er ihnen jedes Jahr den Kaufpreis für die wichtigsten Exportkulturen Kaffee und Kakao vorgegeben hat. Beweggrund dafür war, sie vor den rückläufigen Kursschwankungen für ihre Erzeugnisse zu schützen. Der Staat mußte die Differenz zwischen dem Weltmarktpreis dieser Produkte und dem den Bauern angebotenen Preis einbehalten, und diese Differenz mußte in einen Fonds zum Ausgleich für einen evtl. Preisverfall eingezahlt werden. Bis zu diesem Preissturz war die so einbehaltene Differenz unterdessen für andere Haushaltszwecke verwendet worden. Der Staat hat sich von jenem „Geldsegen“ aus der Produktion der Bauern blenden lassen. Diese wurden zu Lohnempfängern degradiert, die mehr produzieren müssen, um mehr zu verdienen. Sie waren

nicht an den Marktmechanismen beteiligt, die sicherlich kompliziert für sie sind, die aber Vorboten für die Entwicklung auf dem Markt für ihre Erzeugnisse gewesen wären. Anhand dieser Anzeichen hätten sie ihre Produktion diversifizieren können.

Der schwere Preissturz bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen bringt sowohl den Staat als auch den Bauern in eine mißliche Lage. Ersterer kann seiner Verpflichtung nicht mehr nachkommen, den Preisrückgang auszugleichen; letzterer hat alles in den Anbau von Kaffee und Kakao investiert. Jetzt wird von ihm verlangt, seine Produktion umzustellen, worauf er nicht vorbereitet war. Auf lange Sicht wird er das tun, aber bis dahin ist er in einer ernsten Lage.

b) Die Inanspruchnahme von internationalen Organisationen

Die Verantwortlichen in den Entwicklungsländern müssen zunächst versuchen, eine interne Lösung für ihre Probleme zu finden. Diese eigenen Anstrengungen werden dann durch die weiterhin wichtige Hilfe von außen ergänzt. Ein Beispiel ist die Inanspruchnahme des Internationalen Währungsfonds (IWF). Zum Spektrum der von dieser Organisation vorgeschlagenen Therapien gehört die Geldabwertung in den Ländern, die Hilfe beantragen. Diese Abwertung wird begründet mit der Feststellung einiger Probleme, wie etwa dem im deutschen Bericht in Punkt 2 und 7 genannten Konsum von Luxuswaren. Bei einer Abwertung der Währung der Hilfe beantragenden Länder werden diese Luxusgüter teurer, was von ihrem Konsum abhalten würde. Der IWF scheint diesen Ländern sagen zu wollen: Stoppt den Konsum dieser Luxusgüter, in eurem eigenen Interesse. Sie brauchten nicht den IWF, um ihnen das zu sagen. Unter den Begründungen für eine Abwertung wird auch die positive Auswirkung auf den Export der Länder genannt, deren Währung abgewertet ist. Wie in dem bereits erwähnten Exposé hervorgehoben wird, ist bei den meisten mineralischen und agrarischen Rohstoffen die Preiselastizität der Nachfrage der Industrieländer relativ gering. Weniger technisch ausgedrückt heißt das, daß die westlichen Verbraucher auf den Preisrückgang dieser Produkte kaum reagieren. In Zahlen ausgedrückt, ein Rückgang der Preise um 1% hat einen Anstieg des Verbrauchs von weniger als 1% zur Folge. Im Falle eines Preisrückgangs (oft Ursprung der Probleme, die eine Umstrukturierung erforderlich machen) ist es praktisch unmöglich, die Einnahmeeinbußen durch eine quantitative Steigerung zu kompensieren. Der Westen könnte sich gegenüber den Armutsproblemen in den Entwicklungsländern verteidigen, indem er ihnen sagt: warum konsumiert ihr nicht auch diese Produkte?

c) Das Problem der Erstellung von Statistiken

1985 wurde ich (als Berater) von der AFCA angesprochen, einem vorwiegend mit ausländischem Kapital finanzierten Forschungsbüro, an einer Studie über die Beschäftigungslage in den öffentlichen und halböffentlichen Sektoren in Kamerun mitzuwirken. Ich dachte zunächst, daß es sich um ein Problem handelt, das komplizierte Rechenmodelle voraussetzt. Tatsächlich ging es darum, Zahlenmaterial über diese beiden Sektoren vorzulegen. Verblüfft stellte ich fest, daß man bisher ohne diese Zahlen auskam. Wie aber konnte man eine Beschäftigungspolitik erarbeiten ohne Angaben über die genaue Beschäftigtenzahl? Das für die Planung zuständige Ministerium, das diese Studie in Auftrag gegeben hatte, verfügte jedoch über einen Mitarbeiterstab, der hoch qualifiziert war, solche Zahlen vorzulegen, und den es für viel Geld ausbildete. Die Studie wurde also von einigen Experten und mir erstellt, von der AFCA unterzeichnet und vom Planungsministerium akzeptiert. So also hatte der Staat Kamerun die Dienste von ausländischen Experten in Anspruch genommen. Diese haben diese Arbeit von einheimischen Experten ausführen lassen und sie dem Staat dann mit einem ausländischen Stempel versehen ausgehändigt.

Diese Erfahrung ist bezeichnend für das geringe Vertrauen, das wir in unsere eigenen Fähigkeiten zur Lösung unserer Probleme haben. Wie könnten uns der Westen hier helfen? Bei einer Anfrage um technische Unterstützung durch ein Land wäre es zu wünschen, daß folgende Fragen gestellt werden:

- Wo gibt es bei Ihnen Engpässe?
- Haben Sie nicht eigene Fachkräfte, die in der Lage sind, zumindest teilweise das Problem zu lösen, für das Sie uns um Unterstützung bitten?

Robert Nantchouang ist Professor für Statistik am Institut de Statistique (ISSEA) in Yaoundé und lehrt Makroökonomie und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung am Institut Catholique de Yaoundé.

III. Ergebnisse der konkretisierenden Aussprache

Nach einer eingehenden Aussprache über das Grundlagenpapier (vgl. I) und die ergänzenden Statements aus afrikanischer Sicht (vgl. II) wurden fünf konkrete Themenbereiche eingehend besprochen: die Problematik der sog. „terms of trade“, die Agrarpolitik, die Verschuldung, die Rolle transnationaler Unternehmen und Konzerne sowie die Bevölkerungsentwicklung. Die Diskussion über die einzelnen Themen wurde jeweils mit kurzen

Einleitungsvoten von Experten eröffnet. Der nachstehende Bericht faßt die Schwerpunkte und Ergebnisse der Erörterungen zusammen.

1. Aussprache über das Grundlagenpapier

*eingeleitet von Franz Furger (Münster), Pascal Kuate und Robert Nantchouang (Yaoundé) sowie Obiora Ike (Enugu/ Nigeria)*³

Bei weitgehender Zustimmung zu der vorliegenden Darstellung des Problemstandes wurden folgende Aspekte besonders hervorgehoben. Erstens: Entwicklung ist wesentlich auch kulturell bedingt und hat eng mit Fragen der Erziehung zu tun. Vor allen Sachzwängen ist der Mensch als Träger von Entwicklung anzusehen. Rein ökonomistische Entwicklungstheorien wie die Dependenztheorie vernachlässigen diese Dimension. Zweitens: Es kommt darauf an, daß Afrikaner genauso wie Europäer die eigene Entwicklung selbst in die Hand nehmen. Regierungen wie auch Kirchenleitungen sollten deshalb vorab die einheimischen Experten zu Rate ziehen statt sie hintan zu stellen und ausländischen (weißen) Experten Gehör zu schenken. Drittens: Viele afrikanische Probleme sind durch Staatsführungen verursacht, die oft eine Politik betreiben, die nicht nur christlichen Wertvorstellungen widerspricht, sondern auch die Regeln guten Regierens verletzt, etwa wenn politische Entscheidungen vor allem dem persönlichen Vorteil der Regierenden, nicht aber dem Gemeinwohl des Landes dienen. Viertens: Eine Umorientierung der afrikanischen Wirtschaften vom Konsum hin zur Produktion ist notwendig. Dies bedeutet u.a., daß das höhere Bildungswesen stärker auf Tätigkeiten im Produktionsbereich ausgerichtet werden sollte und diesen auch ein höheres soziales Prestige zukommen muß als Tätigkeiten etwa in Verwaltungsbereichen. Fünftens: Staatliche Marktregulierungen in afrikanischen Ländern verhindern häufig ein effizientes Wirtschaften, weil durch falsch gesetzte Preise falsche Informationen an die Produzenten gegeben werden. Die Bürokratisierung der Wirtschaft erstickt dann rasch jede Privatinitiative schon im Keim. Im Rahmen des internen Wandels afrikanischer Staaten, vor allem bei der Ablösung diktatorischer Regime und der Einführung demokratischer Strukturen kommt der Kirche besondere Bedeutung zu. Sie muß eine stärkere Achtung von Menschenrechten, eine Demokratisierung der Gesellschaft und eine Abkehr von einer bürokratischen Privilegienwirtschaft hin

³ Das Statement von Obiora Ike wurde nur mündlich vorgetragen und kann daher hier nicht abgedruckt werden.

zu einer marktwirtschaftlichen Erneuerung unterstützen. Da die Außen-(handels-)politik der Industrieländer in ihrer Kreditvergabe wie den Modalitäten der technischen Zusammenarbeit und der Diplomatie diese Prozesse ebenfalls fördern sollte, statt sie häufig aus kurzfristigem Partikularinteresse zu unterlaufen, fordert kirchliche Solidarität jedoch ebenso die kritische Denunzierung solcher Praktiken in den entwickelten Ländern.

2. Terms of trade

eingeleitet von Joachim Wiemeyer (Münster) und Pascal Kuate (Yaoundé)

Für afrikanische Volkswirtschaften spielt der Verfall der Rohstoffpreise eine besondere Rolle. Dafür sind vor allem drei Faktoren verantwortlich: Bei Agrarprodukten, die in Konkurrenz zu EG-Erzeugnissen⁴ stehen, senkt die EG die möglichen Absatzmöglichkeiten und drückt die Weltmarktpreise, indem sie ihre Märkte abschottet und auf dritten Märkten durch aggressives Exportdumping (z. B. Rindfleisch, Zucker) Konkurrenz macht. Bei agrarischen Rohstoffen, die meist aus klimatischen Gründen ausschließlich von Entwicklungsländern produziert und exportiert werden, verschärft sich zudem die Konkurrenz, weil neue Anbieter aus anderen Erdteilen auf den Markt drängen (z. B. Malaysia beim Kakao). Traditionelle Anbieter, die nicht permanent agrartechnischen Fortschritt fördern, nicht fortlaufend kostengünstigere Produktionsmethoden einführen und die Effizienz der Vermarktungsstrukturen nicht andauernd erhöhen, sondern eher das träge Verhalten eines Monopolisten praktizieren, verlieren dann gegenüber der effizienteren neuen Konkurrenz. Bei mineralischen Rohstoffen führen schließlich technischer Fortschritt, das wachsende Umweltbewußtsein in Industrieländern (z. B. höhere Recyclingquoten) sowie Substitutionsprozesse zur Stagnation bzw. zum Fall der Weltmarktpreise. Die Überwindung dieser Umstände erfordert daher aus der Sicht afrikanischer Volkswirtschaften die Öffnung des EG-Marktes für alle Agrarprodukte. Innerhalb der EG müssen die notwendig werdenden Strukturanpassungen hingenommen und Belastungen, die einzelne Berufsgruppen besonders treffen, sozialpolitisch abgefedert werden.

Mechanismen zur Erlösstabilisierung (wie etwa die Systeme STABEX und SYSMIN nach den Lomé-Abkommen ebenso wie die durch den IWF geleisteten Ausgleichszahlungen) können zwar die Devisenerlöse eines Lan-

⁴Die Umwandlung der Europäischen Gemeinschaft (EG) zur Europäischen Union (EU) konnte während des Symposiums in Yaoundé (März 1993) noch nicht berücksichtigt werden.

des kurzfristig stabilisieren und Marktschwankungen ausgleichen. Sie helfen aber nicht gegen langfristige negative Markttrends. Diese erfordern vielmehr eine Umstrukturierung afrikanischer Wirtschaften in Richtung breiterer Exportstrukturen, die die Abhängigkeit der Außenwirtschaft von der Marktentwicklung eines oder weniger Rohstoffe mindert (die schwarzafrikanischen Exporte bestehen immer noch zu 90 % aus Rohstoffausfuhren). Daß dies statt der häufigen protektionistischen Reaktionen seitens der Industrieländer eine – übrigens systemkonforme – Öffnung ihrer Märkte verlangt, versteht sich von selbst.

Angesichts von Handelsbarrieren der Industrieländer, deren Beseitigung dringlich angemahnt wurde, müßten die afrikanischen Volkswirtschaften aber auch den Handel mit ihren Nachbarstaaten viel stärker intensivieren, zumal dort geringere technologische Anforderungen als beim Handel mit Industrieländern zu erfüllen sind. Der erst für das Jahr 2025 geplante afrikanische Binnenmarkt kommt also sehr spät.

3. Agrarpolitik

eingeleitet von Herbert Kötter (Gießen)

Der bereits bei den „terms of trade“ in seinen außenwirtschaftlichen Belangen angesprochene Agrarsektor wurde hinsichtlich seiner binnenwirtschaftlichen Bedeutung und seiner ökologischen Dimension noch eigens behandelt, weil er in afrikanischen Volkswirtschaften immer noch eine dominierende Stellung hat. Die Mehrzahl der Bevölkerung lebt nach wie vor im ländlichen Raum. Daher kommt der ländlichen Entwicklung für die nationale wie internationale Entwicklungspolitik vor allem hinsichtlich der Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes im ländlichen Raum, der Schaffung von Möglichkeiten der Einkommenserzielung auch außerhalb der Landwirtschaft sowie der Sicherung natürlicher Ressourcen zentrale Bedeutung zu.

Die Ordnung des Agrarsektors (z. B. Bodenbesitzstruktur, Vermarktungsstrukturen) ist so für die ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung eines Landes, für die Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen sowie für die Begrenzung interner Wanderungsbewegungen (vor allem wegen des Stadt-Land-Gefälles) von besonderer Wichtigkeit. Infolge einer fehlgestalteten ländlichen Entwicklungspolitik ergeben sich Wanderungsbewegungen, durch die ein Teil der ländlichen Armut in städtische Armut umgewandelt wird. Neben der verfehlten Agrarpolitik der Industrieländer und ihrer Auswirkungen auf die Entwicklungsländer ist auch die interne Agrarpolitik, vor allem die staatlich verordnete Niedrigpreispolitik gegenüber den Bau-

ern eine wesentliche Ursache für diese Wanderungsbewegungen. Die Niedrigpreispolitik wird von Regierungen betrieben, die zur Beruhigung der städtischen Massen Nahrungsmittel billig abgeben wollen, dadurch jedoch die Landwirtschaft bzw. die eigene Nahrungsmittelproduktion ruinieren.

Notwendig wäre es hingegen, die Erzeugerpreise der Bauern anzuheben, so daß es sich für sie lohnt, über den Eigenbedarf hinaus für Märkte zu produzieren. Statt generell in städtischen Regionen Nahrungsmittel preisgünstig abzugeben, sollte den sozial berechtigten Anliegen eher dadurch Rechnung getragen werden, daß verbilligte Nahrungsmittel (z.B. über Gutscheine) gezielt an städtische Armutsgruppen abgegeben werden.

Eine Neuorientierung der Agrarpolitik und der ländlichen Entwicklungspolitik muß des weiteren der Rolle der Frau in der Landwirtschaft besondere Beachtung schenken und ihre Partizipation an den Entscheidungs- und Vermarktungsprozessen erhöhen. Wenn 60–80 % der Arbeit in der Landwirtschaft von Frauen erbracht wird, muß die soziale Rolle der Frau stärker ihrer tatsächlichen ökonomischen Bedeutung angepaßt werden.

Eine solche ländliche Entwicklungspolitik kann freilich nur Erfolg haben, wenn sie nicht autoritär bzw. paternalistisch von Regierungen oder externer Entwicklungshilfe vorgegeben wird, sondern auf einer aktiven Partizipation der Landbevölkerung, etwa durch die Bildung vielfältigster Formen von Selbsthilfeorganisationen, beruht.

4. Verschuldung

eingeleitet von Hans-Rimbert Hemmer (Gießen)

Zwar erweitert die Aufnahme von externen Schulden in einer ersten Phase die wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten eines Landes, weil so mehr Güter importiert werden können. In einer zweiten Phase müssen dann aber die Schuldendienste geleistet werden, d.h. es müssen mehr Güter exportiert werden, als dies ohne Verschuldung notwendig wäre. Ob einem Land ein höherer Export möglich ist, hängt maßgeblich davon ab, für welche Zwecke die in der ersten Phase aufgenommenen Kredite verwandt worden sind. Kapitalflucht in die reicheren Länder – als Form des schnellen Rücktransfers erhaltener Kredite durch die regierenden Eliten – oder Kauf von Waffen oder Luxusgütern ermöglicht jedoch in einer zweiten Phase keine höheren Exporte, während der Kauf von Investitionsgütern, die die Produktionsmöglichkeiten eines Landes erhöhen, auch die Fähigkeit zum Export vergrößert, so daß der Schuldendienst geleistet werden kann.

Ein weiteres Ergebnis einer verfehlten Verwendung von Krediten besteht aber darin, daß innerhalb afrikanischer Volkswirtschaften das Ausmaß der internen Ungleichheit zwischen den herrschenden Eliten und den armen Bevölkerungsmassen vergrößert wird, indem die Kredite den Herrschenden zufließen, die Belastungen der Schuldendienste aber breite Bevölkerungsschichten treffen. Es ist daher notwendig, daß in den Entwicklungsländern, z. B. durch eine Bekämpfung der Korruption in Politik und Verwaltung, politische und soziale Strukturen entwickelt werden, die gewährleisten, daß Kredite nur für ökonomisch sinnvolle Entwicklungszwecke verwandt werden können.

Die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank zielen zu Recht darauf ab, die Zahlungsfähigkeit eines Landes wiederherzustellen, indem Importe und der interne Konsum reduziert, Exporte aber möglichst gesteigert werden. Diese Strukturanpassungspolitik wird sich jedoch für ein Land immer dann negativ auswirken, wenn durch die Minderung des Imports von Produktionsgütern sowie eine Verringerung der Bildung von „Humankapital“ (Grundausbildung, Fachqualifikation etc.) langfristig die Produktionsmöglichkeiten eines Landes gesenkt werden. Um dies zu verhindern, sind – gerade auch dank des politischen Druckes kirchlich engagierter Kreise – afrikanischen Volkswirtschaften von der deutschen Regierung große Teile der öffentlichen Schulden aus Entwicklungskrediten erlassen worden. Da zudem für die ärmsten Länder nur noch Entwicklungshilfe durch Geschenke, jedoch nicht mehr durch Kredite erfolgen soll, ist für die Zukunft auch eine neue Verschuldung ausgeschlossen. Diese weitsichtige Politik auch in einer rezessiven Wirtschaftslage durchzuhalten, ist in der Tagespolitik alles andere als eine leichte Aufgabe. Die entsprechende Bewußtseinsbildung in der Öffentlichkeit wird daher zu einer sozialethisch wichtigen Aufgabe, die gerade auch die Kirchen in Europa angeht.

5. Transnationale Unternehmen und Konzerne

eingeleitet von Paul Becher (Bonn) und Gerhard Kruip (Würzburg)

In einer immer enger zusammenwachsenden Weltwirtschaft spielen multinationale Unternehmen eine bedeutende Rolle. Zwischen 20 % und 30 % des Welthandels werden heute schon durch konzerninterne Lieferungen innerhalb transnationaler Konzerne erbracht. Für Entwicklungsländer können diese ausländischen Konzerne zwar wegen des dadurch ermöglichten Imports von Kapital und Know how, durch die Schaffung von gutbezahlten und qualifizierten Arbeitsplätzen sowie durch den möglichen Anstieg von

Exporten u. ä. von Vorteil sein. Ihre Präsenz wird aber immer dann fragwürdig, wenn ausländische Konzerne, insbesondere bei autoritären bzw. korrupten Regimen, selbst minimale arbeits- und sozialrechtliche Standards nicht einhalten und auf ökologische Fragen wenig Rücksicht nehmen. Weil zudem gutbezahlte Führungspersonen in der Regel aus dem Ausland kommen und Gewinne offen oder verdeckt (durch Gestaltung konzerninterner Verrechnungspreise, Lizenzgebühren etc.) in hohem Ausmaß wieder ins Ausland zurückfließen, bleibt der Nutzen für das Gastland in der „Dritten Welt“ und damit auch der Entwicklungseffekt oft gering. Durch die Schaffung von internationalen Verhaltenskodizes für transnationale Konzerne sollten daher weltweite ethische Standards formuliert werden, an denen die öffentliche Meinung in den Heimatländern dieser Konzerne, also in Industrieländern, das Verhalten von Konzernen messen kann. Eine entsprechende Mobilisierung der öffentlichen Meinung am Stammsitz der Muttergesellschaft kann und sollte gerade auch durch kirchliche Gruppen und ebenso durch die Gewerkschaften erfolgen, während innerhalb der Entwicklungsländer die freie Meinungsbildung wie die politische Demokratisierung dringend zu fordern und zu fördern sind, um Machtmißbrauch und Korruption anklagen und so eindämmen zu können.

6. Bevölkerungsentwicklung

eingeleitet von Bernhard Fraling (Würzburg) und Jean Wakam (Yaoundé)

Viele afrikanische Länder gehören zu den Staaten mit den weltweit höchsten Wachstumsraten der Bevölkerung. Das hohe Bevölkerungswachstum hat zur Folge, daß es manchen Staaten immer schwerer fällt, die gesamte Bevölkerung zu ernähren, Arbeitsplätze für alle zu schaffen und die staatliche Infrastruktur (z. B. Schulen, Gesundheitszentren) in ausreichendem Maße auszubauen. In den meisten afrikanischen Staaten südlich der Sahara hat das Wirtschaftswachstum in den letzten Jahrzehnten mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt gehalten. Das Pro-Kopf-Einkommen ist gesunken.

Bei einem raschen Bevölkerungswachstum ist es zudem nicht länger möglich, überkommene (bei geringer Bevölkerungsdichte durchaus naturkonforme) Weisen der Landwirtschaft aufrechtzuerhalten. So können etwa die erforderlichen Schonzeiten beim Wanderfeldbau nicht mehr eingehalten werden; bei Nomaden übersteigt die Herdegröße die verfügbaren Wasservorräte, und die natürliche Regeneration von Steppen wird gefährdet. Nur wenn es gelingt, die Wachstumsraten der Bevölkerung zu reduzieren, wird

es möglich sein, den Lebensstandard zu erhöhen und die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.

Auch in der kirchlichen Lehrverkündigung ist im Sinne einer „verantworteten Elternschaft“ immer wieder darauf hingewiesen worden, daß hohe Kinderzahlen kein Ziel an sich darstellen. Vielmehr haben die Eltern die Pflicht, über die Zahl ihrer Kinder unter Berücksichtigung der jeweiligen gesellschaftlichen Umstände zu entscheiden. Jedem Kind müssen durch angemessene Ernährung, Erziehung und Ausbildung tatsächliche Lebenschancen eröffnet werden.

Obwohl das kirchliche Lehramt bestimmte Methoden der Geburtenkontrolle wie die Sterilisation, vor allem aber die Abtreibung entschieden ablehnt, bleiben ethisch verantwortbare Methoden der Geburtenkontrolle zugelassen. Von afrikanischen Teilnehmern wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß auch die traditionellen Gesellschaften Mittel und Wege der Geburtenkontrolle, z. B. die Festlegung eines Mindestheiratsalters, gekannt haben. Solche Mechanismen sind jedoch durch den im Kolonialzeitalter eingeleiteten sozialen Wandel (z. B. Schulen) zurückgedrängt worden. Angemessene, Freiheit und Würde des Menschen wie das ungeborene Leben achtende Methoden der verantworteten Familienplanung voranzubringen, wird daher allgemein als eine ethische Notwendigkeit erachtet.

7. Schlußbemerkung

Das Grundkonzept der Sozialen Marktwirtschaft im Rahmen eines demokratischen Rechtsstaates stellt – so der allgemeine Konsens dieses Meinungsaustausches – auch für afrikanische Länder eine brauchbare wirtschaftspolitische Perspektive dar. Die Verantwortung der Industrieländer besteht dann vor allem darin, daß sie die Prinzipien der „Sozialen Marktwirtschaft“ auch für die Gestaltung der Wirtschaftsordnung im internationalen Bereich zur Geltung kommen lassen und nicht weiterhin immer dann etwa über alle Arten von offenen oder verdeckten Protektionismen davon abweichen, wenn damit eigene Belastungen (z. B. interne Strukturanpassungen) verbunden sind, aber Vorteile für Entwicklungsländer entstehen würden. Die entsprechende Bewußtseinsbildung in der öffentlichen Meinung, vor allem bei sich christlich verstehenden Verbänden und Parteien, zu fördern, ist daher eine dringliche Aufgabe kirchlicher Sozialverkündigung.

Zusammenfassung: Franz Furger, Joachim Wiemeyer

IV. Abschlußerklärung des Symposions

In Fortführung ihrer bisherigen Begegnungen sind auf Einladung S. Em. des Erzbischofs von Douala, Kardinal Tumi, und S. Ex. des Erzbischofs von Yaoundé, J. Zoa, Bischöfe aus verschiedenen Ländern Afrikas und aus Deutschland vom 29. bis 31. März 1993 an der neu errichteten katholischen Universität von Zentralafrika in Yaoundé zusammengetroffen. Die Begegnung war getragen von dem Wunsch, im brüderlichen Gespräch zwischen den Vertretern von Ortskirchen, die in verschiedenen Kontinenten und Kulturen beheimatet sind, die universale Einheit der Kirche neuerlich konkrete Gestalt gewinnen zu lassen. Dabei waren die Gespräche bestimmt von der Sorge um die internationale Gerechtigkeit, der sich die Bischöfe im Geiste des Evangeliums in besonderer Weise verpflichtet wissen. Sie befaßten sich mit der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Realität vieler afrikanischer Länder, mit der ungleichen Verteilung der Güter zwischen diesen Ländern und denen der nördlichen Hemisphäre und den unterschiedlichen Lebensmöglichkeiten der afrikanischen und der europäischen Völker. Gefragt wurde nach den Ursachen von Armut und Unterentwicklung, nach den Möglichkeiten einer Überwindung der bestehenden großen Schwierigkeiten und nicht zuletzt nach dem Beitrag, den die katholische Kirche und ihre Bischöfe dazu erbringen können.

Die Bischöfe sind angesichts der Komplexität all dieser Probleme auf den Sachverstand der Fachwissenschaften angewiesen. Deshalb nahmen an dem Symposion eine Reihe sowohl afrikanischer wie deutscher Experten teil, die vor allem aus den Bereichen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und der christlichen Sozialethik kamen.

Es war für alle an dem Symposion Beteiligten eine große Freude, daß sich bei aller Vielfalt der unterschiedlichen Erfahrungen in wesentlichen Fragen eine breite Übereinstimmung zeigte.

- Gemeinsam konnte festgehalten werden, daß sich die Ursachen der heutigen sozio-ökonomischen Schwierigkeiten Afrikas einer allzu einfachen Erklärung entziehen, da diese Probleme durch ein ganzes Bündel miteinander verschränkter externer und interner Faktoren verursacht sind. Fehlentwicklungen im politischen, ökonomischen und sozialen System der afrikanischen Länder sind von entscheidender Bedeutung. Andererseits sind die Nachwirkungen kolonialer Abhängigkeit auch heute noch wirksam, und die Handelspolitik der europäischen Staaten untergräbt oft die Chancen afrikanischer Länder im Weltmarkt und damit deren Entwicklungsmöglichkeiten.
- Übereinstimmend folgerten die Teilnehmer, daß eine marktwirtschaftliche Ordnung in sozialer Verantwortung auch für Afrika eine Perspektive für die Lösung der bedrängenden ökonomischen und sozialen Pro-

bleme darstellen kann. Die soziale Marktwirtschaft darf dabei jedoch nicht als starres System aufgefaßt werden; in Europa wie in Afrika bedarf sie der steten Weiterentwicklung und der Anpassung an die jeweiligen gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse. Die Transformation der wirtschaftlichen Ordnung in den afrikanischen Ländern kann nur von diesen selbst eingeleitet werden. Den reichen Ländern des Nordens aber fällt die Aufgabe zu, diesen Prozeß flankierend zu unterstützen. Dies kann zum einen auf dem Wege einer effektiven Entwicklungszusammenarbeit geschehen. Zum anderen muß die Benachteiligung afrikanischer Länder im internationalen Handel, die heute vor allem durch eine protektionistische Politik der Industriestaaten verursacht wird, dringend überwunden werden.

- Im Hinblick auf die gesellschaftliche Struktur vieler afrikanischer Länder wurde von allen Seiten – in besonderer Weise aber von den afrikanischen Teilnehmern des Symposions selbst – unterstrichen, daß eine neue Gewichtung von staatlicher und privater Initiative für eine Überwindung von Armut und Unterentwicklung unabdingbar ist. Den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anstrengungen des nicht-staatlichen Sektors muß ein größerer Spielraum eingeräumt werden; sie bedürfen der Förderung und rechtlichen Sicherung durch die staatlichen Institutionen.

Ausführlich diskutiert wurde während des Symposions, welche Beiträge die Kirchen im Kampf gegen die Armut und Unterentwicklung leisten können. Dabei wurde festgestellt, daß es für die Kirchen entscheidend darauf ankommen wird, verstärkt ihre Stimme zu erheben, um den vorgenannten Einsichten eine stärkere Resonanz in den eigenen Gesellschaften zu verschaffen. Die Vertreter der deutschen Kirche haben ihre Verpflichtung unterstrichen, auf eine Überwindung der vielgestaltigen, vor allem durch die Politik der Europäischen Gemeinschaft verursachten Hemmnisse hinzuwirken, die einer fairen Chance der afrikanischen Länder im Weltmarkt entgegenstehen. Die Repräsentanten der afrikanischen Kirche wollen ihre Bemühungen weiter verstärken, Mißstände in ihren Gesellschaften zu bekämpfen und für eine Ordnung der Freiheit und Gerechtigkeit einzutreten. Wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, kann der Kirche in Zeiten des Umbruchs zu demokratischen Gesellschaften hier oft eine wesentliche Rolle auch auf der politischen Ebene zukommen. Besonders beeindruckend war das Zeugnis der anwesenden Bischöfe, welche in den „Assemblées Nationales“ von Gabun und Congo-Brazzaville den Vorsitz führten. Die Vertreter der afrikanischen Kirchen sehen darüber hinaus eine wichtige Aufgabe darin, das Selbstbewußtsein der afrikanischen Menschen und Gesellschaften und das Vertrauen in die eigene Kraft zur Veränderung der schwierigen Situation zu stärken. Letzteres verlangt nicht

zuletzt entschiedene Anstrengungen im Bereich der christlich inspirierten Bildung und Erziehung. Die an dem Symposium Beteiligten haben schließlich darauf hingewiesen, daß sie die Bemühungen der armen Bevölkerungsgruppen mit Nachdruck unterstützen wollen. Die Vertreter afrikanischer Kirchen werden die wirtschaftlich und gesellschaftlich tätigen Selbsthilfeorganisationen nach Kräften fördern. Die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Afrika kann diese Arbeit durch eigene Beiträge unterstützen.

Das Symposium in Yaoundé war durch dichte Diskussionen bestimmt, die in einer knapp bemessenen Zeit stattfanden. Vieles wurde angesprochen, nicht alles konnte ausführlich erörtert werden. So kamen die Teilnehmer darin überein, daß gerade die komplexen Fragen der Geld- und Währungspolitik einer weiteren vertieften Behandlung bedürfen.

Das Symposium in Yaoundé konnte nur einen kleinen Schritt gehen. Aber dieser Schritt zeigt, daß die Kirchen auf dem Weg sind – gemeinsam auf dem Weg der Gerechtigkeit, der uns durch die Gerechtigkeit Gottes gewiesen ist.

Yaoundé, 31. 3. 1993

V. Teilnehmer des Symposions

Erzbischöfe und Bischöfe

Kardinal Christian Tumi (Douala, Kamerun)
Jean Claude Bouchard (Pala, Tschad)
Ernest Kombo (Owando, Kongo)
Basile Engone Mve (Oyem, Gabun)
Jean Zoa (Yaoundé, Kamerun)
Wenceslas Kalibushi (Nyundo, Ruanda)
Jean Berchmans Nderere (Muyinga, Burundi)

Walter Kasper (Rottenburg-Stuttgart)
Gerhard Dicke (Aachen)
Josef Homeyer (Hildesheim)
Franz Kamphaus (Limburg)

Experten

Henri Paul Boundio (Zentralafrika)
Mathurin Doumbe (Kamerun)
Jean Paul Ezin (Benin)
P. Obiora Ike (Nigeria)
Pascal Kuate (Kamerun)
Robert Nantchouang (Kamerun)
John Dovi Madjri (Burkina Faso)
Jean Wakam (Kamerun)

Paul Becher (Bonn)
Bernhard Fraling (Würzburg)
Franz Furger (Münster)
Hans-Rimbert Hemmer (Gießen)
Prälat Norbert Herkenrath (Aachen)
Herbert Kötter (Gießen)
Gerhard Kruip (Würzburg)
Joachim Wiemeyer (Osnabrück)

Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz

Hans-Gerd Angel (Bonn)
Ulrich Pöner (Bonn)

